

EINE WELT



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit DEZA

NR. 3 / SEPTEMBER 2018
Das DEZA-Magazin
für Entwicklung und
Zusammenarbeit

MEKONG

Längst nicht alle profitieren
von Südostasiens
Wirtschaftswachstum

KOSOVO

Der schwierige Umgang mit
der serbischen Minderheit

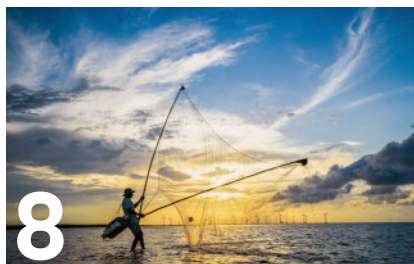
FLIESENDE GRENZEN

Humanitäre Hilfe und
Entwicklungszusammenarbeit
sind nicht dasselbe, dennoch
gehören sie für viele zusammen



DOSSIER

MEKONG



8

Hohes Wachstum zu hohem Preis

Südostasien ist auf Wachstumskurs – doch die Kosten für Natur, Umwelt und oft auch die Lokalbevölkerung in den zunehmend autokratisch regierten Ländern sind hoch

13

Wasserdiallog rund um Südostasiens Lebensader

Eine der grössten Herausforderungen am Mekong ist die Koordination der unterschiedlichen Interessen rund um den Fluss

15

«Wir müssen uns neu erfinden»

Interview mit der Kambodschanerin Thida Khus von der NGO Silaka, welche die Zivilgesellschaft und Frauen fördert

17

Laos – keine Kooperation ohne Regierung

Die Schweiz unterstützt in Laos ein Projekt, welches unter Einbezug des autoritären Regimes Bürgerengagement und Rechtsstaatlichkeit fördert

19

Facts & Figures

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), die Agentur der internationalen Zusammenarbeit im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), ist Herausgeberin von «Eine Welt». Die Zeitschrift ist aber keine offizielle Publikation im engeren Sinn; in ihr sollen auch andere Meinungen zu Wort kommen. Deshalb geben nicht alle Beiträge notwendigerweise den Standpunkt der DEZA und der Bundesbehörden wieder.

HORIZONTE

KOSOVO



20

Kosovos herausfordernde Minderheit

Das ärmste Land Europas gilt auch zehn Jahre nach seiner Unabhängigkeit als unfertiger Staat

24

Aus dem Alltag von ...

Bernhard Soland, stellvertretender Leiter des Kooperationsbüros in Kosovo, über die Trinkwasserversorgung des Landes

25

Die eigenen Gipfel erklimmen

Die Bergsteigerin Uta Ibrahim ermutigt ihre Landsleute dazu, ihren ganz persönlichen «Gipfel» zu besteigen

DEZA



26

Die Nische als Chance

Was Bauernbetriebe in der Schweiz erfolgreich betreiben, fliesst auch in DEZA Projekte in Osteuropa und im Südkaukasus ein

29

Nachhaltige Goldnuggets

Die Mongolei fördert mit Unterstützung der Schweiz den nachhaltigen Kleinbergbau und die Bedingungen der Minenarbeiter

31

Agenda 2030 – die Schweiz auf gutem Weg

Die UNO-Ziele für eine nachhaltige Entwicklung haben eine Art Wettbewerb zwischen Ländern entfacht

FORUM



34

Humanitäre Hilfe hier, Entwicklungszusammenarbeit dort?

Wo die eine aufhört und die andere anfängt, ist je länger desto ungewisser

37

Die «verbrannte Brücke» von Kabul

Carte blanche: Täglich überquert Shahrbanoo Sadat mehrmals die Pole Sukhta-Brücke und kommt sich dabei vor wie in einem Zombie-Film

KULTUR



38

Friedfertiger Tanz der Tataren

Volkstänze und weitere Traditionen der Krimtataren tragen auch zum Gleichgewicht der Ethnien bei

- 3 Editorial
- 4 Periskop
- 33 Einblick DEZA
- 41 Service
- 43 Fernsucht mit Lucas Niggli
- 43 Impressum

NICHT DER SCHNELLSTE, ABER DER DAUERHAFTESTE WEG



Der Geschäftsführer eines Schweizer Hilfswerks schickte mir neulich ein Buch mit dem zweifellos als Provokation gedachten Titel «Früher war alles schlechter». Wir hatten ein paar Wochen zuvor auf einer Zugreise im Norden Indiens über den Zustand der Welt sinniert und dabei für die Menschheit insgesamt eine positive «Zwischenbilanz» gezogen. Mit dem Buch wollte mein Reisegefährte sicher ausdrücken, dass wir mit dieser Einschätzung nicht alleinstünden.

Tatsächlich ging es den Menschen statistisch gesehen noch nie so gut wie heute. Vor 50 Jahren lebte über die Hälfte der Menschheit in extremer Armut. Heute sind es noch zehn Prozent – nicht nur, aber sicher auch ein Verdienst der internationalen Zusammenarbeit. Aber natürlich sind diese Zahlen kein Trost für die Millionen Menschen, welche weiterhin unter der Armutsgrenze leben oder von Bürgerkriegen betroffen sind.

Weniger Einigkeit als über das Gemeinwohl der Menschheit besteht über den weltweiten Zustand der Demokratie. Das wohl auch deshalb, weil es «die Demokratie» nicht gibt und sie sich schlecht statistisch erfassen lässt. Es ist wohl so, dass es den Menschen auch in Bezug auf ihre demokratischen Rechte seit Menschengedenken heute am besten geht. Gleichzeitig weht aktuell ein härterer Wind als auch schon: 2017 waren die politischen und bürgerlichen Rechte in 67 Ländern rückläufig, während sie sich in 36 Ländern verbesserten.

Fest steht, dass die Handlungsfähigkeit von internationalen und lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen in jüngerer Vergangenheit in vielen Ländern auf beunruhigende Weise von staatlicher Seite eingeschränkt worden ist. Dieser Entwicklung wirkt auch die DEZA im politischen Dialog mit den betreffenden Regierungen entgegen.

Die Demokratie muss sich heute vermehrt gegen andere Regierungsformen behaupten: Sie wird ohne staatspolitischen Bonus an ihren Erfolgen gemessen, bzw. an ihrer Fähigkeit, den Bürgerinnen und Bürgern mehr ökonomischen Wohlstand und Sicherheit zu bieten. Autokratien können diesbezüglich kurzfristig trügerisch effizient erscheinen.

Dass demokratische Prozesse durchaus Resultate liefern, zeigt die DEZA mit verschiedensten Projekten weltweit. Zum Beispiel in Laos, wo Planungsprozesse von Gemeinden unterstützt werden: Bürgerinnen und Bürger einigen sich an Versammlungen auf ihre lokalen Prioritäten für öffentliche Dienstleistungen – Wasser, Gesundheitsversorgung, Transport – sowie auf die besten Projektvorschläge. Wie ich bei meinen Besuchen feststellen konnte, setzten sich fast überall die Vorschläge der Frauen durch.

Es hängt von der Messweise ab, ob diese lokalen Ansätze von Basisdemokratie die Ergebnisse von Studien über den weltweiten Zustand von Demokratien massgeblich beeinflussen. Aber das macht sie nicht weniger wertvoll – als Erfolgserlebnisse für die betroffenen Menschen selber, und als Bestätigung, dass die Mitbestimmung vielleicht nicht immer der schnellste Weg zur Entscheidung ist, letztlich aber der dauerhafteste.

Manuel Sager
Direktor der DEZA



APPS & GIRLS

(cz) Das soziale Unternehmen «Apps and Girls Foundation» lehrt Mädchen in Tansania das Programmieren von Webseiten, Applikationen und Games. Ziel ist es, die Geschlechterungleichheit in der Technologiebranche zu verringern und die Mädchen zu ermutigen, digitale Lösungen für die Probleme ihrer Gemeinschaften zu finden. Über 1900 junge Frauen haben bereits von der Ausbildung in Programmieren und Unternehmensführung profitiert. Ebenfalls angeboten werden Mentorschaften oder Ferienaktivitäten wie Hackathons und Bootcamps. «Die Mädchen haben nun die Fähigkeiten und das Selbstvertrauen, in ihren Gemeinden etwas zu verändern», sagt Gründerin Carolyne Ekyarisiima. Begonnen hat sie das Projekt 2013 im eigenen Wohnzimmer mit gebrauchten Computern und zwanzig Schülerinnen. Anfang Jahr wurde der Organisation der Innovator of the Year Award des Aid & International Development Forum verliehen.

RASCH UND GÜNSTIG AUF MALARIA GETESTET

(j1h) Rund 2.7 Milliarden Dollar wurden 2016 gemäss der Weltgesundheitsorganisation WHO in die Bekämpfung der Malaria investiert. Dennoch starben fast eine halbe Million Menschen daran, über 90 Prozent davon in Afrika. Je früher Malaria diagnostiziert wird, desto besser sind die Heilungschancen. Von grosser Bedeutung sind deshalb die Testverfahren. Brasilianische Forscherinnen und Forscher haben nun einen neuen Malariatest entwickelt, der – ähnlich einem Schwangerschaftstest – auf einem Papierstreifen basiert. Er ist für besonders aggressive Formen der Malaria geeignet, die namentlich in Afrika und Südamerika auftreten. Wird der Papierstreifen mit einer Probe aus Blut oder Speichel in Kontakt gebracht, liegt das Testergebnis in nur 30 Minuten vor, während die Resultate bisheriger Tests erst nach zwei bis zehn Tagen bekannt sind. Die aktuellen Produktionskosten liegen bei einem halben US-Dollar pro Test und sollten bei grösserer Produktion weiter sinken. Aufgrund des relativ tiefen Preises und der einfachen Anwendung eignet sich der Test besonders für Menschen in armen und abgelegenen Regionen.

RUANDAS KAMPF GEGEN DEN KLIMAWANDEL

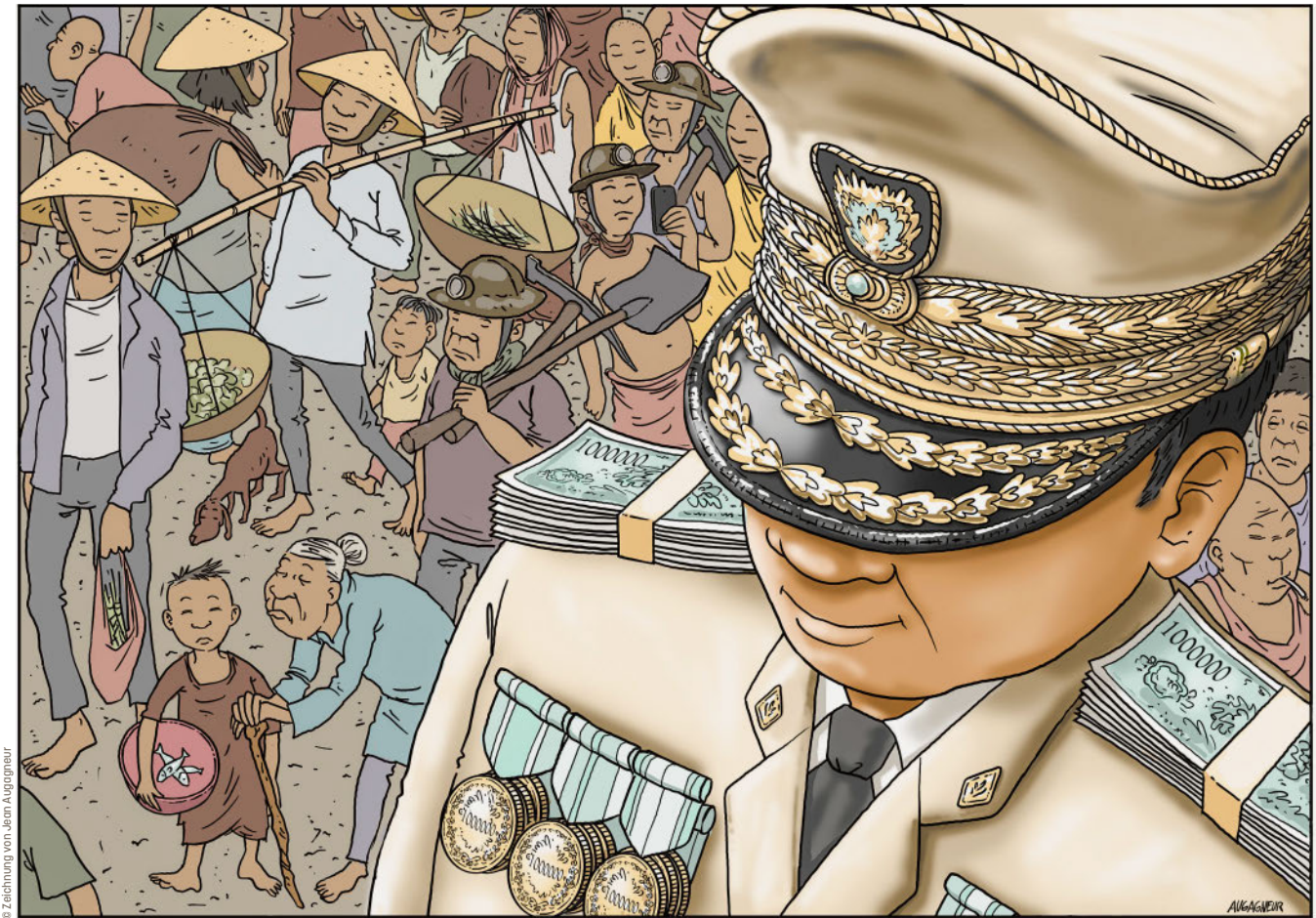
(cz) Ruanda lanciert die grösste Initiative zur Verbesserung der Klima-Resilienz in der Geschichte des Landes. In der Vergangenheit wurde das Land immer wieder Opfer extremer Wetterereignisse wie zum Beispiel Fluten oder Erdbeben. Experten gehen davon aus, dass diese aufgrund des Klimawandels in Zukunft noch zunehmen werden. Im Distrikt Gicumbi im Norden Ruandas sollen deshalb Projekte in den Bereichen Land- und Waldmanagement, Emissionsreduktion oder Kraftstoffeffizienz umgesetzt werden. Rund 400 000 Personen sollen direkt und indirekt von diesen Investitionen profitieren. Die dafür nötigen 33 Millionen Dollar werden von der Regierung und dem Green Climate Fund getragen. Dieser Klimafonds der UNO-Klimarahmenkonvention wurde mit dem Zweck gegründet, Entwicklungsländern Gelder für die Minderung von Treibhausgasemissionen und die Anpassung an den Klimawandel zur Verfügung zu stellen. Anfang 2018 hat der Fonds angekündigt, eine Milliarde Dollar in den Kampf gegen den Klimawandel in ärmeren Ländern zu investieren.

KOMPETENTE AUGENÄRZTE

(j1h) Erblindungen wären oft vermeidbar, wenn die nötigen Augenoperationen auch in den ärmeren Ländern fachkundig und rechtzeitig vorgenommen werden könnten. In Paraguay betreibt die lokale Stiftung Fundación Vision deshalb seit 2013 eine Augenklinik. Diese wird von der Christoffel-Blindenmission (CBM) und der Optikfirma Zeiss mit Schulung und moderner Ausrüstung unterstützt. Im Jahr 2017 wur-



den an der Klinik fast 5000 Patientinnen und Patienten am Grauen Star operiert. Nun bauen die drei Organisationen gemeinsam ein neues Trainingszentrum auf, um noch mehr Fachärzte und Pflegepersonal an den modernen Operations- und Pflegeverfahren zu schulen. Die Ausbildung steht Ärztinnen und Ärzten aus ganz Südamerika offen. Können sich arme Menschen die Operation nicht leisten, so übernimmt die Fundación Vision die Kosten dafür.



© Zeichnung von Jean-Augagneur

FELDER FERNGESTEUERT BEWÄSSERN

(zs) Schluss mit manueller Bewässerung und Vergeudung. Der nigrische Bauernsohn Abdou Maman Kané ist Informatiker und hat mit seiner Firma Tech-Innov ein einfaches, ferngesteuertes Bewässerungssystem entwickelt, das den Bauern die Arbeit erleichtert: Ein mit einer SIM-Karte ausgerüstetes Kästchen wird mit dem Rohrsystem zur Bewässerung der Felder verbunden. Gestartet wird die Bewässerung über einen auf dem Mobiltelefon eingegeben Code, das System steuert die Wassermenge aufgrund der von Nanosensoren übermittelten Werte. Mit einer App lassen sich in Echtzeit und ferngesteuert meteorologische und hydrologische Daten erfassen. Zeit- und Energieersparnis, grössere bewässerbare Flächen, höhere Produktion und Einkommen sowie verbessertes Management der natürlichen Ressourcen sind nur einige der Vorteile. Abdou Maman Kané ist ein Aushängeschild der Innovation in Niger und freut sich darüber, dass seine Technologie zur Reduktion sowohl der drückenden Armut als auch der Treibhausgase beitragen kann.

INDIEN SETZT AUF E-AUTOS

(bf) Im Frühling dieses Jahres hat die indische Regierung entschieden, dass ab 2030 nur noch elektrische Fahrzeuge auf Indiens Strassen fahren dürfen. Im Einklang mit globalen Trends soll der Verbrennungsmotor bis zu diesem Zeitpunkt aus dem – nach Bevölkerungsdichte – zweitgrössten Staat der Welt verbannt werden. Die Gründe dafür: Zu hohe Importkosten (jährlich rund 88 Milliarden Dollar), zu hohe Emissionswerte sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen. Durch die Beschleunigung des Umstellens auf Elektrofahrzeuge, so die Regierung, könne man jährlich rund 60 Milliarden Dollar an Importkosten für Öl sparen und zeitgleich die ausgestossenen Emissionen um eine Gigatonne reduzieren, was wiederum der Bevölkerung zugute komme. Um die Umstellung auch für die Gemeinden wirtschaftlich interessant zu machen, initiierte die Regierung das Projekt «Fast Adoption and Manufacturing of Electric Vehicles (FAME)». So winken Städten mit einer Bevölkerung von über 1 Million namhafte staatliche Zuschüsse, wenn sie die Ziele der Regierung erreichen.



DOSSIER MEKONG

HOHES WACHSTUM ZU HOHEM PREIS SEITE 8
WASSERDIALOG RUND UM SÜDOSTASIENS LEBENSADER SEITE 13
«WIR MÜSSEN UNS NEU ERFINDEN» SEITE 15
LAOS - KEINE KOOPERATION OHNE REGIERUNG SEITE 17
FACTS & FIGURES SEITE 19



HOHES WACHSTUM ZU HOHEM PREIS

Südostasien ist auf Wachstumskurs. Das durchschnittliche Wirtschaftswachstum von über fünf Prozent im Jahr 2017 klingt vielversprechend. Doch die Kosten für Natur, Umwelt und oft auch die Lokalbevölkerung sind hoch. Denn die Regierungschefs der Region herrschen zunehmend autokratisch und zu ihren eigenen Gunsten und jener einer kleinen Schicht von Begünstigten. Nachhaltig ist das nicht – gerecht auch nicht.

Text: Karin Wenger

Fischer Phyo Win hat keinen Strom, kein fließendes Wasser, kaum Einkommen – aber er hat seit zwei Jahren ein Smartphone. Er zahlt es auf Raten ab, 40 Rappen pro Monat. Das Gerät habe sein Leben verbessert, sagt der burmesische

Fischer, der in einer Bambushütte an einem kleinen Fluss auf dem Land wohnt: «Heute rufe ich meine Käufer an, wenn ich Fische gefangen habe und verkaufe sie dem, der am meisten zahlt.»

Das Smartphone steht in Myanmar für wirtschaftliche Entwicklung und die politischen Veränderungen im Land. 2011 begann die politische und wirtschaftliche Öffnung und bald darauf jene der Telekommunikationsindustrie.



Noch vor wenigen Jahren konnte sich nur die kleine Oberschicht ein Smartphone leisten. Damals kostete eine SIM-Karte bis zu 2000 US-Dollar. Heute kann man sie für 1.50 Dollar kaufen, das Dorfgeschwätz hat sich auf Facebook verlagert. Das birgt auch Risiken. Vor den Wahlen im November 2015 liess das Militär mehrere Facebook-Nutzer verhaften, nachdem sie sich dort kritisch über das Militär geäußert hatten. Auch vielerorts schwelende religiöse und ethnische Konflikte werden durch Hassreden auf Facebook angeheizt. Und viele Burmesinnen und Burmesen besitzen zwar ein Smartphone, aber bis heute erhalten laut der Weltbank nur 30 Prozent der Bevölkerung durchgehend Strom.

Myanmars Armee redet weiterhin mit

Denn auch nach der Wahl von Aung San Suu Kyi und der Nationalen Liga

für Demokratie, NLD, bleiben die Grossinvestitionen aus dem Westen weitgehend aus, die Wirtschaft wächst langsamer als erwartet. Das hat einerseits mit sprunghaften Entscheidungen der Regierung zu tun; andererseits hat das Image der Ikone Suu Kyi durch die Rohingya-Krise im Westen gelitten. Zudem wurde klar, dass die Generäle sowohl politisch als auch wirtschaftlich weiterhin ein gewichtiges Wort mitreden – weder ethnische Minderheiten noch der Friedensprozess profitieren davon.

Im Gliedstaat Kachin beispielsweise kontrolliert die Armee die Schatzkammer des Landes: die Jade- und Edelstein-Minen. Die Rohstoffe stehen im Zentrum des jahrzehntelangen Bürgerkriegs und werden auch von der ethnischen Minderheit der Kachin beansprucht. Für die Armee sind sie ein Milliardengeschäft. Laut der internationalen Nichtregierungsorganisation Global Witness verdiente die burmesische Armee 2014 mit dem Verkauf von Jade 31 Milliarden US-Dollar. Das entspricht knapp der Hälfte der offiziellen Wirtschaftsleistung des Landes. Doch der Profit wandert direkt in die Taschen der Minenbetreiber, also der Generäle und ihrer Geschäftspartner. Diese haben dementsprechend wenig Interesse daran, die Minen zugunsten des Friedens der Lokalbevölkerung zurückzugeben.

Vorzeigeland Vietnam?

Während in Myanmar die Generäle die Fäden der Macht noch weitgehend in den Händen halten, sind es im kommunistischen Einparteiensystem von Vietnam die Parteikader. Sie sind stolz auf das solide Wirtschaftswachstum des Landes von über sechs Prozent. Vor zwei Jahrzehnten war Vietnam noch eines der ärmsten Länder in ganz Südostasien. Fast die Hälfte der Bevölkerung lebte unter der Armutsgrenze, heute sind es weniger als fünf Prozent. Die Regierung hat das Land geöffnet und die Bedingungen für Auslandsinvesti-

Nur wenige Kilometer ausserhalb der kambodschanischen Hauptstadt Phnom Penh ist vom Wirtschaftswachstum des Landes kaum etwas zu merken.

© Joerg Madrow/lalif

VERNACHLÄSSIGTE MINDERHEITEN

Ethnische Minderheiten werden in vielen Ländern Südostasiens vernachlässigt. Schlechterer Zugang zu Regierungsprogrammen und Arbeit, politisch motivierte Konflikte und Mangelernährung sind dabei untrennbar miteinander verbunden. Myanmar beispielsweise weist nach Ost-Timor und Kambodscha, die höchste Quote von Mangelernährung auf. Zudem haben viele Minderheiten kein Selbstbestimmungsrecht, kein Anrecht, in den Schulen ihre Sprache zu lernen, und sie haben keine Kontrolle über die Bodenschätze in ihren Gebieten. Dies sind die Gründe für die schwelenden Bürgerkriege im Land und damit Zehntausende von Menschen ethnischer Minderheiten, die in Vertriebenenlagern leben. Obwohl Myanmar genügend Nahrungsmittel produziert, leidet vor allem die Bevölkerung in Gebieten ethnischer Minderheiten an Mangelernährung.



tionen und Handel verbessert. Gleichzeitig stiegen die Lohnkosten in China, so dass viele ausländische Firmen ihre Produktionsstätten für Kleider, Schuhe und Elektronik nach Vietnam verlegten.

Vietnam boomt auch als Tourismusdestination. 2017 besuchten beinahe 13 Millionen Touristen das Land – eine Rekordzahl. Das seien schlicht zu viele, dieser Boom belastete die Umwelt, sagt Hai Ho. Der Jungunternehmer hat die Internetplattform Triip.me gegründet, eine Art Uber für Hobby-Tourguides. Der Massentourismus schade dem Land, sagt er: «Hotelbesitzer lassen Wälder abholzen, um ihre Anlagen zu bauen, so auch einen Teil des geschützten Waldes in Da Nang. Ein anderes Konglomerat

will sogar eine Gondelbahn in die Son Goong-Höhle, das weltgrösste Höhlensystem, bauen, um dieses den Touristengruppen zugänglich zu machen. Wir aber sind nicht vorbereitet auf Massentourismus.»

Unbequeme Fakten

Vietnam ist auf dem Papier zwar noch heute eine sozialistische Republik, aber von der sozialistischen Idee ist im Land wenig zu spüren. Die Parteikader fahren deutsche Luxusmarken, McDonalds und Co. verkaufen ihre Hamburger, und das iPhone ist ein Statussymbol. Und dann sind da noch die unbequemen Fakten: Vietnam belegt auf dem Korruptionsindex von Transparency Inter-

national einen der hintersten Ränge, genauso schlecht sieht es bei den Menschenrechten aus. Politischen Dissidenten droht Gefängnis. Die meisten werden beschuldigt, die demokratischen Freiheitsrechte missbraucht zu haben. Landenteignungen und Polizeigewalt gehören im Namen der Entwicklung des Landes zum Alltag.

Oft stellt die Regierung den schnellen Profit vor nachhaltige Entwicklung. Das wurde deutlich, nachdem der taiwanische Stahlproduzent Formosa Ha Tinh Steel, einer der grössten ausländischen Investoren in Vietnam, im April 2016 Abwasser aus der Fabrik an der vietnamesischen Küste ins Meer abliess. In der Folge verendeten rund 100 Tonnen Fische, Menschen wurden vergif-

ENGAGEMENT UND STRATEGIE DER DEZA ENTWICKLUNG ÜBER GRENZEN HINWEG

(cz) Kambodscha, Myanmar, Laos und Vietnam hinken den anderen sechs ASEAN-Ländern in jeder Hinsicht hinterher. Diesen Entwicklungsrückstand zu schliessen ist das Ziel der Mekong-Regionalstrategie der DEZA. Die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit blickt auf eine lange Tradition in der Mekong-Region zurück. Bereits 1968 begann die Schweiz Entwicklungsaktivitäten mit Vietnam – die formelle bilaterale Zusammenarbeit begann 1992. Als Land mit mittlerem Einkommen ist Vietnam seit 2016 nicht mehr Teil des Programms zur Armutsreduktion. 2006 eröffnete die DEZA in Laos ein Büro, von welchem aus das Regionalprogramm Mekong heute betreut wird. Seit 2013 unterhält die Schweiz zudem in Kambodscha ein Kooperationsbüro.

Die Mekong-Regionalstrategie der DEZA umfasst die Länder Kambodscha und Laos sowie regionale und länderübergreifende Projekte in Myanmar und Vietnam.

«Die Herausforderungen in Laos, Kambodscha und Myanmar sind sehr ähnlich», sagt Franziska Freiburghaus, Chefin der Abteilung Ost-Asien bei der DEZA. In allen drei Ländern sei das Gefälle zwischen arm und reich gross und Armut noch immer weit verbreitet – ganz besonders bei der ländlichen Bevölkerung und den ethnischen Minderheiten. Alle drei Länder teilen zudem eine gewalttätige Vergangenheit sowie die gemeinsame Bewirtschaftung des Mekong.

Landwirtschaft und Berufsbildung

Hauptziel der Schweiz ist es, die Armut in der Region zu reduzieren sowie eine gerechte und nachhaltige Entwicklung zu unterstützen. Dazu ist sie in den Bereichen lokale Gouvernanz, Landwirtschaft und Berufsbildung tätig. Neben zahlreichen nationalen Projekten trägt die DEZA auch dazu bei, dass

Reform- und Entwicklungsprozesse in relevanten Anliegen regional angegangen werden. Ein Beispiel dafür ist die Unterstützung der Mekong River Commission, die sich für eine nachhaltige Bewirtschaftung des Mekong einsetzt (siehe Seite 13).

Erschwert wird die Arbeit durch den zunehmenden Einfluss Chinas und den Fokus auf die wirtschaftliche Entwicklung. «Wir müssen mit sich entdemokratisierenden Regierungen zusammenarbeiten und gleichzeitig versuchen, die Bedürfnisse der Zivilgesellschaft miteinzubeziehen», so Franziska Freiburghaus. Am ehesten gelinge das, indem man in Sektoren wie Landwirtschaft oder Berufsbildung dezentral arbeite. «Dort lassen sich politische Themen wie Bürgerbeteiligung oder Menschenrechte besser einbringen. An der Entwicklung ihres Sektors sind die zuständigen Behörden sehr stark interessiert.» ■



tet, einige starben, ein 200 Kilometer langer Küstenstreifen wurde verseucht. Die Regierung aber schützte nicht ihre Bevölkerung, sondern den ausländischen Stahlkonzern. Erst nach Monaten gab dieser das Vergehen zu und zahlte Entschädigung – für viele war es da schon zu spät. Sie hatten sich längst Arbeit anderswo suchen müssen. Heute ist die Stahlfabrik wieder in Betrieb. Wer dagegen protestiert, riskiert eingesperrt zu werden.

Abgeholzte Regenwälder in Kambodscha und Laos

Die Liste der Beispiele vom grossen Wirtschaftswachstum zu hohem Preis liesse sich in beinahe allen südostasiatischen Ländern fortsetzen. In Kambodscha wurde von 2001 bis 2014 eine Regenwaldfläche grösser als ein Drittel der Schweiz abgeholzt. Das wäre nicht möglich gewesen ohne das Einverständnis der Regierung. Ähnlich sieht es in Laos aus, wo Regenwald abgeholzt und Flüsse ohne Rücksicht auf das Ökosystem und die lokalen Flussgemeinschaften gestaut werden.

Was alle diese Länder gemeinsam haben, sind autokratische Regimes – eine Tendenz, die in ganz Südostasien Schule macht. Sie geht einher mit dem abnehmenden Einfluss des Westens und der zunehmenden Einflussnahme Chinas. Im Rahmen der Seidenstrasse-Initiative baut China in ganz Asien Häfen, Autobahnen und Flughäfen – Infrastrukturprojekte, die nicht an Kriterien der Rechtsstaatlichkeit oder Umweltverträglichkeit gebunden sind. Anders als viele Projekte, die vom Westen finanziert werden. Für die südostasiatischen Regime sind das willkommenen Vorzeigeprojekte – doch auch hier steht der schnelle Erfolg und nicht die längerfristigen Probleme und Abhängigkeiten im Vordergrund. Denn die Mammutprojekte kommen nicht gratis und franko, sondern drängen immer mehr Empfängerländer in die Schuldenfalle und werden ohne Rücksicht auf die Umwelt oder die Interessen der Lokalbevölkerung durchgedrückt.

Im Süden Sri Lankas beispielsweise baute China einen Hafen. Doch die sri-lankische Regierung konnte die Kredite und Zinsen nicht mehr zurück-

Vietnam

95 Millionen Einwohner
2170 Dollar BIP/Kopf
6,2 % jährliches BIP-Wachstum
76 Jahre Lebenserwartung

Laos

7 Millionen Einwohner
2339 Dollar BIP/Kopf
7% jährliches BIP-Wachstum
67 Jahre Lebenserwartung

Kambodscha

16 Millionen Einwohner
1270 Dollar BIP/Kopf
7% jährliches BIP-Wachstum
69 Jahre Lebenserwartung

Thailand

69 Millionen Einwohner
5911 Dollar BIP/Kopf
3,2% jährliches BIP-Wachstum
75 Jahre Lebenserwartung

Myanmar

53 Millionen Einwohner
1196 Dollar BIP/Kopf
5,9 % jährliches BIP-Wachstum
67 Jahre Lebenserwartung

China

1,379 Milliarden Einwohner
8123 Dollar BIP/Kopf
6,7% jährliches BIP-Wachstum
76 Jahre Lebenserwartung

Quelle: Weltbank 2016

RETTUNG DER FLUSSDELFINE

Der DEZA ist es in Zusammenarbeit mit dem WWF gelungen, das Aussterben des Irawadi-Delfins im Mekong aufzuhalten. Wurden 1997 in Kambodscha noch 200 Exemplare gezählt, waren es 2015 nur noch 80. 2017 aber ist die Population nach neusten Angaben erstmals seit 1997 wieder angestiegen. Die Entwicklung ist auf das Projekt PaFF zurückzuführen, welches von der DEZA finanziell unterstützt wird und unter anderem den Schutz der Irawadi-Delfine propagiert. «Die Delfine sind noch immer stark vom Aussterben bedroht», sagte der Landesverantwortliche des WWF im April der «Phnom Penh Post». «Aber wir haben nun endlich Grund daran zu glauben, dass ihr Aussterben verhindert werden kann»



zahlen, jetzt wurde der Hafen an China überschrieben. Der Hafen wird jetzt zu zivilen Zwecken gebraucht, könnte später jedoch auch militärisch genutzt werden.

Chinas Macht bringt Westen ins Dilemma

China stärkt mit der Seidenstrasse-Initiative nicht nur seinen wirtschaftlichen Einfluss in der Region, sondern auch seine politische Vormachtstellung in Asien und der Welt. Westliche Länder sehen sich dabei zunehmend in einem Dilemma. Sie müssen sich fragen: Wie behalten sie ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluss in Asien ohne ihre demokratischen Werte, den Schutz von Minderheiten und Menschenrechten zu verraten?

Das Beispiel Myanmar zeigt, wie gross das Dilemma ist. Mit der Machtübernahme von Aung San Suu Kyi hat der Westen wieder an Einfluss gewonnen. Doch Suu Kyi entpuppte sich nicht als die Friedensikone, zu der sie im Westen

hochstilisiert worden war. Sie schaute beinahe wortlos zu, wie die burmesische Armee im vergangenen Jahr ungefähr 700 000 Angehörige der muslimischen Minderheit der Rohingya nach Bangladesch vertrieb. Die UNO spricht von ethnischer Säuberung, doch zu einer Resolution im UNO-Sicherheitsrat kam es nicht. China drohte diese zu blockieren. Und China ist es, das bereit ist, das Vakuum zu füllen, das nun wieder in Myanmar entstanden ist. Denn noch scheint der Westen kein Rezept dafür gefunden zu haben, die Bevölkerung zu unterstützen, nicht aber ihre autoritären Herrscher. ■

Karin Wenger ist SRF-Südostasien-Korrespondentin und lebt in Bangkok.

Informationstafel in Laos für eine neue Eisenbahnstrecke für Hochgeschwindigkeitszüge: China investiert in ganz Südostasien in Infrastrukturprojekte, die Meinung der Bevölkerung spielt dabei meist keine Rolle.

© Adam Dean/NYT/Redux/laif

UMSTRITTENES WIRTSCHAFTSWACHSTUM

Würde man dem hohen Wirtschaftswachstum von 2017 in Südostasien das sogenannte Grüne Wirtschaftswachstum (Green Growth) der Länder gegenüberstellen, sähe die Bilanz gegenüberstellen, sähe die Bilanz viel schlechter aus. Das Grüne Wachstum bezieht Kriterien mit ein, die menschliches Wohlbefinden und soziale Gerechtigkeit fördern und gleichzeitig Umwelt Risiken und ökologische Knappheit verringern sollen. Es basiert auf einer nachhaltigen Nutzung von natürlichen Ressourcen in Einklang mit Armutsreduktion. In der Mekong-Region jedoch wird das Wachstum zu grossen Teilen durch die Ausbeutung natürlicher Bodenschätze und auf Kosten der Biodiversität vorangetrieben. Mit der rasanten Abholzung werden Flächen frei für Ackerbau und Monokulturen aus Palmölplantagen oder Kautschuk. Umwelt- und Nachhaltigkeitsorganisationen wie der WWF fordern deshalb, dass Wachstum weniger nach rein ökonomischen und mehr nach ökologischen Kriterien bewertet werden soll.

WASSERDIALOG RUND UM SÜDOSTASIENS LEBENSADER

Wasserkraft oder Fischerei? Wachstum oder Umweltschutz? Eine der grössten Herausforderungen am Mekong ist die Koordination der unterschiedlichen Interessen rund um den Fluss. Einen Beitrag dazu leistet seit 1995 die Mekong River Commission.

(cz) Der Mekong gilt als Lebensader Südostasiens. Neben Wasser für die Landwirtschaft und einer Vielzahl von Fischen liefert der Fluss seinen Anrainern auch dringend benötigten Strom durch Wasserkraft. Doch wie oft bei grenzüberschreitenden Gewässern ist der Nutzen eines Staates nicht immer auch ein Vorteil für die anderen. Und: Die übermässige Nutzung der Ressource Wasser kann zu ungewollten Nebenwirkungen führen. «Wir beobachten immer wieder, dass Staudammprojekte negative Auswirkungen auf nahegelegene Gemeinden haben», sagt etwa Youk Senglong, Leiter der kambodschanischen NGO Fisheries Action Coalition Team (FACT). Die Energiegewinnung werde teuer erkaufte – mit dem Massensterben von Fischen, reduzierten Sedimentablagen und der Zerstörung der Biodiversität.

Nutzung gefährdet den Fluss

Um das zu verhindern und um die Kooperation zwischen den beteiligten Ländern zu fördern, wurde 1995 die Mekong River Commission (MRC) gegründet. In der zwischenstaatlichen Organisation haben sich die Anrainernstaaten Thailand, Vietnam, Laos und Kambodscha zusammengeschlossen, um ihre Interessen zu koordinieren. Die Kommission ermöglicht einerseits einen regelmässigen Dialog auf höchster politischer Ebene bezüglich nachhaltiger Bewirtschaftung des Mekong. Andererseits fungiert sie als Wissenszentrum, das Daten sammelt und diese den Ländern zur Verfügung stellt. So kam eine kürzlich durch die MRC veröffentlichte Studie zum Schluss, dass

die Infrastrukturprojekte am Mekong nicht nur einen massiven Anteil am Wachstum der nächsten zehn Jahre haben werden, sondern auch bedeutende negative Auswirkungen auf das Ökosystem des Flusses.

«Die übermässige Nutzung des Flusses gefährdet die nachhaltige Entwicklung der Region», sagt Barbara Jäggi Hasler, stellvertretende Leiterin des Kooperationsbüros in Laos. «Am meisten betroffen sind die vulnerablen Gruppen am Rand des Mekong, die von Landwirtschaft und Fischerei leben.» Dank der MRC-Studie sei nun belegt, dass die langfristigen Auswirkungen insgesamt eher negativ sein werden – eine gute Grundlage, um Veränderungen anzustreben und sich Gedanken über alternative Energiegewinnung zu machen.

Regel Dialog, offene Konsequenzen

Die Schweiz hat die Mekong River Commission bereits zwischen 1995 und 2005 finanziell unterstützt und ist nach einer sechsjährigen Pause seit 2011 wieder an Bord. Im April setzte sie sich zusammen mit anderen Geberländern am Gipfel der Mekong-Flusskommission dafür ein, dass die betroffenen Länder die Ergebnisse der Kommissionsstudie zur Kenntnis nehmen und in ihre nationale Planung integrieren. Ein solcher Gipfel, an dem auch die Premierminister der vier Länder teilnehmen, findet alle vier Jahre statt. Jedes Jahr treffen sich zudem die Umweltminister und Vertreter der Geberländer zu einer Ratssitzung.

Ein weiterer Mechanismus sind die gegenseitigen Vorkonsultationen, in denen Uneinigheiten betreffend Infrastrukturprojekte verhandelt werden. Bindend sind diese Konsultationen allerdings nicht – am Ende entscheiden die einzelnen Länder über die Konsequenzen, die sie aus der Arbeit der Kommission ziehen. Das führt auch zu Kritik.

Umsetzung als Herausforderung

Youk Senglong, der sich mit seiner NGO FACT für die nachhaltige Entwicklung des Mekong einsetzt, schätzt das

SCHWEIZER EINFLUSS

Die Schweiz ist in der von 2016 bis 2020 laufenden Phase mit 7 Millionen Franken die bedeutendste Geldgeberin der Mekong River Commission. In den vergangenen drei Jahren hatte sie zudem Einsitz in der sogenannten Trojka, welche die Interessen der Geberländer koordiniert und gegenüber dem Kommissions-Sekretariat vertritt. «Für uns ist es wichtig, dass wir über das Gremium Themen einbringen konnten, die uns wichtig und besonders relevant für eine nachhaltige Entwicklung sind», so Barbara Jäggi Hasler, stellvertretende Leiterin des Kooperationsbüros in Laos. Darunter fallen etwa die Beteiligung der Zivilgesellschaft, die Armutsreduktion oder die Gleichberechtigung der Geschlechter.



Engagement der Mekong River Commission und der Geberländer. Über diese könnten zivilgesellschaftliche Organisationen ihre Stimme einbringen, was in Kambodscha nicht selbstverständlich ist. Und doch äussert der Aktivist auch Kritik an der Kommission: «Wir würden gerne mehr Wirkung sehen», sagt er. Es würden viele Studien erarbeitet und ihre Anliegen aufgenommen, tatsächlich passiert sei bislang aber wenig. «Damit die Kommission nicht zum Papiertiger verkommt, müssen die Regierungen die Empfehlungen umsetzen», so Youk Senglong. «Wahrscheinlich müsste man noch deutlicher machen, was die negativen Folgen der aktuellen Entwicklung sind.»

Ein Schritt in die richtige Richtung sind für Barbara Jäggi Hasler vom Kooperationsbüro in Laos die aktuellen Reformen der Mekong River Commission, welche die Schweiz mit ihrem Beitrag ermöglicht. Der operationelle Arm wurde verschlankt, und gewisse Aufgaben, die auf nationaler Ebene umgesetzt werden können, wurden dezentralisiert. Die

Mitgliedstaaten haben sich verpflichtet, ihre finanziellen Beiträge an die MRC zu erhöhen, damit sie bis 2030 nicht mehr auf die externe Finanzierung angewiesen sind. Zudem kann die MRC seit der institutionellen Reform 2015 ihre Gelder flexibler für neue Prioritäten einsetzen, und die Geberländer können sich über das Budgetkomitee zusätzlich einbringen.

Eine komplette Reform hingegen, durch eine Neuaushandlung des «Mekong Agreements» von 1995 und mit bindenden Massnahmen, berge laut Barbara Jäggi Hasler das Risiko, dass gewisse Länder aussteigen würden. Daher setze man den Fokus auf die Implementierung des bestehenden Abkommens: «Die Wirkung bleibt so zwar ein Stück weit limitiert. In diesem Umfeld aber ist das ein realistischer Ansatz.» ■

Gleich oberhalb des 810 Meter langen und 2019 fertiggestellten Xayaburi-Staudamms in Laos entsteht in einer laotisch-koreanisch-thailändischen Partnerschaft eine neue Brücke über den Mekong.

© Dave Tacon/Polaris/laif

SCHWIERIGE VERHANDLUNGEN UM STAUDAMMPROJEKTE

Zwischen 2010 und 2017 fanden im Rahmen der Mekong River Commission drei Vorkonsultationen zu Staudammprojekten am Mekong statt. Bei den ersten beiden - Xayaburi und Don Sahong, beide in Laos - konnten sich die Länder am Ende der Konsultationsperiode nicht auf eine gemeinsame Schlussfolgerung einigen. Bei der dritten, die das laotische Wasserkraftprojekt Pak Beng betraf, gaben die Staaten 2017 nach dem Ende des sechsmonatigen Prozesses bekannt, dass sie einen gemeinsamen Aktionsplan erarbeiten wollen. Dieser soll Massnahmen enthalten, um die negativen Auswirkungen des Staudammprojektes zu verhindern oder abzuschwächen.

«WIR MÜSSEN UNS NEU ERFINDEN»

Anders als in Laos oder Vietnam ist in Kambodscha in den vergangenen zwanzig Jahren eine lebendige Zivilgesellschaft entstanden. Weshalb diese in Gefahr ist und wie kambodschanische Frauenförderung funktioniert, erzählt Thida Khus, Gründerin der NGO Silaka. Interview: Christian Zeier.

Thida Khus, Sie engagieren sich seit über 20 Jahren für die Zivilgesellschaft in Kambodscha. Was hat sich in dieser Zeit verändert?

Der Schwerpunkt unserer Arbeit ist heute ein ganz anderer als zu Beginn. Vor der Gründung von Silaka 1997 haben wir Leute in Englisch und Computerfähigkeiten ausgebildet. Dann, nach den ersten Wahlen unter UNO-Aufsicht, fehlte es dem Land an personellen Ressourcen in Politik und Verwaltung. Also begannen wir mit Ausbildungskursen in guter Verwaltung und Führung.

Seit 2007 sind Sie auch im Bereich der Frauenförderung tätig.

Ja, wir trainieren Frauen, die auf Kommunalebene für politische Ämter kandidieren. Damit fördern wir die Rolle der Frauen im Entscheidungsfindungsprozess auf unterster Stufe.

Mit Erfolg?

In den ersten Jahren konnten wir den Frauenanteil in der Politik deutlich erhöhen. Aber dann stiessen wir an eine Grenze, der Anteil ging nur noch ganz leicht nach oben. Uns wurde klar: Für Frauen gibt es Hindernisse, die zu gross sind, als dass sie sich mit Weiterbildung lösen liessen. Wir müssen das politische System verändern.

Wie das?

Bei den Wahlen 2017 hat sich erneut gezeigt, dass die Unterrepräsentation der Frauen weniger ein Problem der Qualifikation ist als eines der Partierhierarchie. Die Männer sind nicht bereit, ihre Sitze für die Frauen zu räumen. Wir müssen also sicherstellen, dass Frauen auf subnationaler Ebene eine Chance bekommen. In den letzten zehn Jahren haben wir uns für Massnahmen wie Quoten oder alternative



Listen für Frauen eingesetzt. Bislang leider ohne Erfolg.

Was sind aktuell die grössten Herausforderungen für die kambodschanische Zivilgesellschaft?

Im Moment ist das politische Umfeld

Wartende Tagelöhnerinnen vor einer Kleiderfabrik: Frauen sind in Kambodscha noch in vielen Bereichen benachteiligt, manche werden gar ausgebeutet.

© Fernando Molerés/laif

schwierig. Viele Menschen sprechen sich für einen Wandel aus, und die Regierung reagiert, indem sie die Arbeit der Opposition behindert und die Oppositionspartei verbietet. Das betrifft auch die Zivilgesellschaft. Viele Organisationen sind jetzt weniger aktiv. Die Strukturen sind immer noch da, und es werden weiterhin heikle Themen angesprochen. Aber man ist sehr vorsichtig geworden.

Betrifft das auch Ihre Arbeit?

Der Bereich Frauenförderung ist etwas weniger umstritten als etwa die klassischen Menschenrechtsthemen. Aber auch unsere Arbeit wird erschwert. Obwohl wir versuchen, unsere Strategien und Aktivitäten den Begebenheiten anzupassen, befinden wir uns in einer schwierigen Lage. Wer politische Beteiligung und Demokratie fördern will, wird schnell als Unterstützer der Opposition abgestempelt.

Wie steht Kambodscha im regionalen Vergleich da?

Vietnam und Laos haben keine starken Zivilgesellschaften, in Myanmar ist sie erst am entstehen und Thailand wird von einem Militärregime geführt. Wir in Kambodscha waren lange stolz auf unsere lebendige Zivilgesellschaft. Nach dem Pariser Friedensvertrag von 1991 wurden grundlegende Werte wie die Einhaltung der Menschenrechte oder das Mehrparteiensystem in unserer Verfassung verankert. Damals war auch die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft riesig. Jetzt haben wir eine andere Situation. Wir müssen uns neu erfinden.

Wie sieht das konkret aus?

Es gibt Anschuldigungen, dass wir aus dem Ausland finanziert sind und daher nicht die Interessen unserer Bürgerinnen und Bürger, sondern eine westliche Agenda vertreten. Wir denken nicht, dass das der Fall ist. Aber wir müssen dennoch einen Weg finden, um möglichst unabhängig von ausländischen Geldern zu werden.

Es gibt Geberländer, die ihre Zahlungen wegen der Unterdrückung der Opposition gestoppt haben. Ist das ein sinnvoller Weg?

Grundsätzlich denke ich, dass sie ihre Investitionen in unser Land und unsere Bürgerinnen und Bürger fortsetzen sollten. Die Frage ist, in welchen Bereichen. Natürlich ist es für uns eine grosse Herausforderung, wenn internationale Gelder gestrichen werden. Aber es kann auch eine Chance sein, weil sich die Regierung Gedanken machen muss, wie sie unsere Arbeit mit ihrem eigenen Budget unterstützen kann.

Gibt es in der Mekong-Region eine länderübergreifende Zusammenarbeit der NGOs?

Am Asia-Europe People's Forum kommen wir einmal im Jahr zusammen und tauschen Informationen aus. In gewissen Bereichen wie etwa dem Menschenhandel wird auch das Jahr hindurch gut zusammengearbeitet. Heikle Themen hingegen können wir nicht offen diskutieren.

Weshalb?

Wir sind freier in der Meinungsäusserung als die Organisationen aus Laos oder Vietnam. Im Gegensatz zu ihnen können wir über Themen wie Demokratie, Menschenrechte oder das Multi-parteiensystem sprechen.

Befürchten Sie, dass sich die Lage der kambodschanischen Zivilgesellschaft derjenigen in Vietnam oder Laos annähern könnte?

Das ist gut möglich. Ich denke, wir befinden uns an einem Scheideweg. Was mir Hoffnung gibt, ist, dass es in Kambodscha sehr viele junge Menschen gibt, die an freies Denken und Handeln gewohnt sind. Die Menschen hier kennen ihre Rechte. Ihnen diese wieder wegzunehmen, ist sehr schwierig. ■



THIDA KHUS blickt auf über zwanzig Jahre Erfahrung in der operativen Führung von zivilgesellschaftlichen Organisationen zurück. In den USA war sie im Sozialbereich tätig. In Kambodscha gründete sie 1997 die NGO Silaka, die sich für eine demokratische und nachhaltige Gesellschaft sowie insbesondere für die Förderung von Frauen in der Politik einsetzt. Im Vorstand von Social Watch International und LDC Watch International engagierte Thida Khus sich für die Einhaltung der Menschenrechte. Seit 2006 ist sie Generalsekretärin des Komitees zur Förderung von Frauen in der Politik in Kambodscha.

LAOS – KEINE KOOPERATION OHNE REGIERUNG

In einer Region, in der zivilgesellschaftliches Engagement ohnehin erschwert ist, hinkt Laos zusätzlich hinterher. Ein von der Schweiz unterstütztes Projekt soll dies ändern – indem es unter Einbezug des autoritären Regimes Bürgerengagement und Rechtstaatlichkeit stärkt.



(cz) Laos ist ein schwieriges Pflaster für lokale NGOs. Im bevölkerungsärmsten Land der Mekong-Region ist die organisierte Zivilgesellschaft sehr schwach ausgeprägt – schwächer noch als in Kambodscha, Myanmar oder Vietnam. Erst 2009 hat die laotische Regierung den rechtlichen Rahmen zur Anerkennung und Regulierung lokaler NGOs geschaffen. In den darauffolgenden Jahren nahm die Zahl der zivilgesellschaftlichen Organisationen zu, und es kam zu einer Art Aufbruchsstimmung.

Diese Entwicklung gipfelte 2012 im

Asia-Europe People's Forum, einem internationalen Treffen von Nichtregierungsorganisationen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, das erstmals in Vientiane durchgeführt wurde. Bei der Veranstaltung wurden unter anderem Themen wie Menschenrechte oder Umweltgerechtigkeit angesprochen – ein Schritt zuviel für die autoritär regierende Einheitspartei. Im Nachzug des Forums verschwand einer der bekanntesten Aktivisten des Landes spurlos, und die Landesverantwortliche der Schweizer NGO Helvetas musste innert 48 Stunden das Land verlassen. Es kam

Lokale NGOs wie Menschenrechtsgruppen oder Gewerkschaften haben in Laos einen schwierigen Stand: Ein Entwicklungsprojekt zielt deshalb darauf ab, zivilgesellschaftlichen Organisationen mehr Spielraum einzuräumen.

© Josef Polleross/NYTI/Redux/laif

zu verstärkten Restriktionen sowie Einschüchterungen und Drohungen gegenüber zivilgesellschaftlichen Organisationen. Diese verzichteten in der Folge auf eine offizielle Registrierung oder stellten ihren Betrieb ein.

Dialog trotz Widrigkeiten

«Nach den Ereignissen von 2012 ist der Raum für zivilgesellschaftliches Engagement geschrumpft», sagt Nithsa Vongphanakhone vom Kooperationsbüro in Vientiane. Seit 2015 sei die Lage zumindest nicht schlimmer geworden. Obschon die Bedingungen für die zivilgesellschaftlichen Organisationen sehr restriktiv seien, sei es daher wichtig, dass die Schweiz ihr Engagement für die Zivilgesellschaft beibehalte und dazu parallel weiter den Dialog mit der Regierung suche.

Ein Programm, das genau dies versucht, ist das CEGGA-Projekt, welches Ende 2017 im Rahmen des European Joint Programming von der DEZA, der EU und Deutschland in Kooperation mit der laotischen Regierung lanciert wurde. CEGGA ist die englische Abkürzung für Bürgerengagement für gute Regierungsführung, Rechenschaftspflicht und Rechtsstaatlichkeit. Der Fokus des Programms liegt auf der Stärkung der Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen im Entwicklungsprozess. Daneben sollen auch die Repräsentations-, Gesetzgebungs- und Aufsichtsfunktion der laotischen Nationalversammlung verbessert sowie die Rechtsstaatlichkeit und die Umsetzung der Menschenrechte gefördert werden.

Bis voraussichtlich 2020 investiert die DEZA etwas über fünf Millionen Franken in das Projekt, umgesetzt wird es von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GIZ. Seit dem Programmstart Ende 2017 ist diese hauptsächlich mit der Ausarbeitung des Projektes in Zusammenarbeit mit den Behörden beschäftigt. In einer kommenden Phase sollen dann unter anderem lokale NGOs direkt vom Pro-

gramm profitieren können, indem sie sich etwa mit Projektaktivitäten für kleinere Zuschüsse bewerben können oder an Kapazitätsbildungsmassnahmen teilnehmen.

Nicht ohne die Regierung

Mit einem Projekt zur Unterstützung der Zivilgesellschaft in Laos hat die DEZA bereits von 2011 bis 2016 Erfahrungen gesammelt. Eine der Hauptkenntnisse aus dieser Zeit ist, dass sich die Wirkung im Verbund mit grösseren Partnern wie der EU oder Deutschland deutlich erhöhen lässt. Diese Einsicht wird nun im Rahmen von CEGGA umgesetzt – ebenso wie der Umstand, dass die Regierung bei der Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen einbezogen werden muss. Für die lokalen NGOs in Laos ist das Alltag: Um Projekte realisieren zu können, müssen sie sich von den Behörden registrieren und kontrollieren lassen. Die Zivilgesellschaft wird weitgehend von der Regierung gemanagt.

Vertreterinnen und Vertreter lokaler NGOs sprechen denn auch nur vorsichtig über die behördlichen Einschränkungen und möchten aus Angst vor Repressionen nicht namentlich genannt werden. CEGGA ist für sie in erster Linie eine Möglichkeit, die Finanzierung ihrer Aktivitäten und Projekte sicherzustellen. Besonders für kleinere Organisationen in Laos sei es sehr schwierig, an Geld zu kommen. CEGGA, so die Hoffnung, könne diese Situation etwas verbessern.

Zeichen des Fortschritts

Die DEZA und ihre Partner hoffen, dass sich im Rahmen des Projekts wieder mehr zivilgesellschaftliche Organisationen registrieren werden. Oder zumindest, dass die bestehenden wieder voll funktionstüchtig werden. In einem solch schwierigen Umfeld wie in Laos sei ein Abkommen, in dessen Namen «Bürgerengagement» veran-

kert sei, bereits eine Errungenschaft, sagt Nithsa Vongphanakhone. Es sei ein Zeichen für die zunehmende Offenheit des Landes gegenüber zivilgesellschaftlichem Engagement. Das CEGGA Projekt zeige auf, dass die Regierung bereit sei, ihren Verpflichtungen in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte nachzukommen, so die DEZA-Mitarbeiterin: «Als Entwicklungspartner ist es unsere Aufgabe, sie darin zu ermutigen und sie zum Wohle der Zivilgesellschaft zu unterstützen.» ■

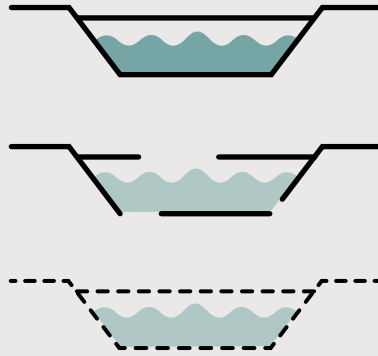
ZUSÄTZLICHE RESTRIKTIONEN

Seit Jahren übt die laotische Regierung eine starke Kontrolle über die zivilgesellschaftlichen Organisationen des Landes aus. Mit einem Ende 2017 verabschiedeten neuen Gesetz wird diese zusätzlich verstärkt. So muss die Regierung nun der Gründung einer Organisation zustimmen, sie segnet einzelne Projekte ab und überwacht die Finanzierung. Ein Gesetzesartikel hält fest, dass die Organisationen ihr Recht auf Freiheit nicht missbrauchen und keine Aktivitäten durchführen dürfen, welche die nationale Sicherheit oder die Gesellschaftsordnung gefährden. Missachtet eine Organisation das Gesetz, kann sie vom Innenministerium «diszipliniert» werden.

FACTS & FIGURES

240

Mehr als 240 Dämme stehen im Einzugsgebiet des Mekongs. Dutzende befinden sich zudem im Bau, und fast hundert weitere Projekte sind geplant.



Weitere Schlüsselzahlen

> Der Mekong ist (je nach Definition) zwischen **4350 und 4900 Kilometern** lang und damit der längste Fluss Südostasiens.

> Allein im Unterlauf ist der Fluss Lebensgrundlage für **60 Millionen Menschen**.

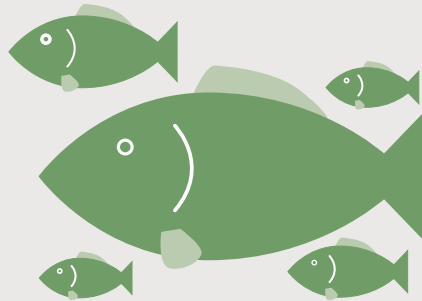
> Noch transportiert der Mekong im Schnitt **15 000 Kubikmeter Wasser pro Sekunde**.

> Durch Wasserkraftwerke könnte der Wasserverlust bis 2040 auf **830 Millionen Kubikmeter** steigen. 2007 waren es noch 30 Millionen Kubikmeter. Sogar um **97 Prozent** könnten die Ablagerungen durch Sedimente sinken (2007 bis 2040). Das würde zu einer dramatischen Reduktion der Fischereibestände und der Produktivität in der Landwirtschaft führen.

> Im aktuellsten **Human Development Index** nehmen die Mekong-Länder die Plätze 115 (Vietnam), 138 (Laos), 143 (Kambodscha) und 145 (Myanmar) ein. Sie liegen damit weit hinter den anderen sechs Ländern des ASEAN-Zusammenschlusses.

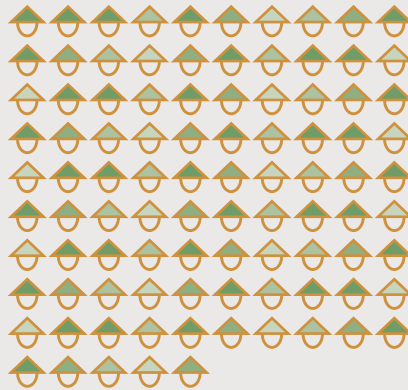
2 000 000

Mehr als 2 Millionen Tonnen Fisch werden jährlich im Mekong gefangen. Der Fluss ist damit Nahrungs- und Einkommensquelle mehrerer Millionen Menschen.



95

In sechs Ländern leben im Einzugsgebiet des Stroms über 95 verschiedene Ethnien.



Quellen und Links

• www.mrcmekong.org

Die Mekong River Commission erarbeitet Daten zur aktuellen und künftigen Nutzung des Flusses. Die aktuellste Studie zur nachhaltigen Nutzung des Mekong wurde 2011 in Auftrag gegeben und 2017 beendet. Sie kommt zu alarmierenden Ergebnissen.

• www.adb.org

Die Asiatische Entwicklungsbank liefert Daten und Studien zur Entwicklung ihrer 67 Mitgliedsländer.

• www.hdr.undp.org/en/countries

Der Human Development Index listet 188 Länder anhand von Indikatoren wie Lebenserwartung, Bildung oder Einkommen auf.



KOSOVOS HERAUSFORDERNDE MINDERHEIT

Trotz Milliardenhilfe ist Kosovo auch zehn Jahre nach seiner Unabhängigkeit das ärmste Land Europas und gilt noch immer als unfertiger Staat: Sowohl was seine internationale Akzeptanz als auch die vollständige Integration der serbischen Minderheit angeht.

Text: Dirk Auer, Pristina

Marko Bogdanović sitzt in einem Café an der Hauptstrasse von Gračanica. Vor ihm auf dem Tisch liegen zwei Handys: eines mit kosovarischer Vorwahl, das andere mit serbischer. Die beiden Anschlüsse sind ein Sinnbild für das Doppelleben, das die Serben im Kosovo führen. Gerade war der 40-jährige Polizist aus dem gegenüberliegenden Gebäude gekommen, der Polizeistation der «Republik Kosovo», wie unmissverständlich über dem Eingang steht. Aber wenn man ihn fragt, in welchem Land er lebt, muss er nicht lange nachdenken: «In Serbien», sagt er mit einer Bestimmtheit, die kaum einen Zweifel verrät. Doch auch auf seiner Uniform prangt das Staatswappen Kosovos. «Was sollen wir machen?», fragt er. «Wir müssen uns arrangieren.» Aber dass er deshalb Kosovo als Staat anerkennen würde, den Staat, dessen Uniform er trägt und von dem er sein Gehalt bezieht? Niemals!

In diesem seltsamen Zwiespalt leben praktisch alle der etwa 100 000 Serben, die nach Kriegsende 1999 im Kosovo geblieben sind – etwas weniger als die Hälfte wohnt im Norden des Landes an der Grenze zu Serbien, der Rest über das Land verteilt in sogenannten «Enklaven», umringt von der albanischen Bevölkerungsmehrheit. Mit etwa 10 000 Einwohnern ist Gračanica die grösste. Überall wird serbisch gesprochen, in den Cafés dröhnt serbische Musik. Und als vor zehn Jahren in der nur zehn Kilometer entfernten Hauptstadt Pristina die Unabhängigkeit gefeiert wurde,

war es in Gračanica ruhig geblieben – ein ganz normaler Tag, erinnert sich Marko Bogdanović.

Jüngster Staat Europas

Am 17. Februar dieses Jahres wurde wiederum gefeiert: der zehnte Jahrestag der Unabhängigkeit Kosovos. Doch die Bilanz der ehemaligen südserbischen Provinz ist für viele enttäuschend. Trotz Milliardenhilfen ist Kosovo das ärmste Land Europas, in dem Korruption und organisiertes Verbrechen gedeihen. Dazu kommt: Kosovo gilt noch immer als unfertiger Staat, sowohl was die vollständige Integration der serbischen Minderheit angeht, als auch in Hinblick auf seine internationale Akzeptanz. Bislang haben 114 von insgesamt 193 UN-Mitgliedsstaaten Kosovo als Staat anerkannt. Zu den Verweigerern gehören neben Serbien, Russland und China auch die fünf EU-Länder Spanien, Rumänien, die Slowakei, Griechenland und Zypern. Bis auf weiteres ist dadurch für Kosovo auch der Beitritt zu internationalen Organisationen wie die UNO und die OSZE versperrt.

Und doch hat sich im vergangenen Jahrzehnt in Kosovo auch für die Serben viel geändert. Um das zu unterstreichen, legt Marko Bogdanović seine beiden Personalausweise neben die beiden Handys. Alle Einwohner Gračanicas haben inzwischen neben ihrem serbischen auch einen kosovarischen Pass, sie sind damit offiziell Bürger Kosovos.

Mit rund 145 000 Einwohnerinnen und Einwohnern ist Pristina nicht nur die Hauptstadt der Republik Kosovo, sondern auch die grösste Stadt sowie kulturelles und wirtschaftliches Zentrum des Landes.

© Theodor Barth/laif

ARMENHAUS EUROPAS

Zehn Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung ist für die albanische Bevölkerungsmehrheit die Bilanz vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht enttäuschend. Trotz Milliardenhilfen ist Kosovo das ärmste Land Europas. Je nach Zählweise sind zwischen 30 und 40 Prozent der Bevölkerung arbeitslos; unter Jugendlichen sind es über 50 Prozent. Auslandsinvestitionen sind verschwindend gering, weshalb einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren die Diaspora ist. Gut ein Drittel der Haushalte hält sich nur durch Überweisungen aus dem Ausland über Wasser. Zur wirtschaftlichen Perspektivlosigkeit kommen Korruption und Vetternwirtschaft. Die Folge: ein massiver Vertrauensverlust in die politischen Institutionen, der zuletzt 2015 zu einer Ausreisewelle geführt hat, bei der innerhalb weniger Monate Zehntausende Kosovarinnen und Kosovaren fluchtartig das Land verliessen.



Ihre Autos fahren mit kosovarischen Kennzeichen, und der Bürgermeister Gračanica wurde durch kosovarische Kommunalwahlen bestimmt. Aber auch der serbische Staat ist immer noch vielfach präsent: Bogdanovićs Kinder, elf und zwölf Jahre alt, gehen in eine serbische Schule. Gelernt wird dort nach serbischen Lehrplänen, und die Lehrer erhalten ihr Gehalt direkt aus Belgrad. Das gilt auch für die Krankenstation und das Kulturzentrum. Und wenn Marko Bogdanović nach Dienstschluss nach Hause kommt, schaut er – natürlich – serbisches Fernsehen.

Offenes Geheimnis: zwei Gehälter

Die Doppelpräsenz zweier Staaten führt zu allerlei Absurditäten. So gibt es neben dem kosovarischen auch einen von Serbien eingesetzten Bürgermeister, es gibt zwei Strassenreinigungen und zwei Postämter. Will Marko Bogdanović

etwa einen Brief innerhalb Kosovos verschicken, geht er zur kosovarischen Post. Sollen hingegen die Verwandten in Serbien ein Paket erhalten, muss er zum wenige hundert Meter entfernten Postamt von Serbien. Denn weil Belgrad die Unabhängigkeit Kosovos nicht anerkennt, kann es aus serbischer Sicht auch keine kosovarischen Briefmarken geben. Und worüber Marko Bogdanović nicht gerne spricht, was aber ein offenes Geheimnis ist: Viele bekommen auch doppelte Gehälter, ein kosovarisches und eins aus Serbien. Durch die vielfältigen Zahlungen markiert Serbien auch weiterhin seinen Anspruch auf seine ehemals südserbische Provinz.

Für die lokale serbische Bevölkerung bedeutet das ein Leben zwischen den Stühlen. Sie sind zwar formal und auch sonst in vielerlei Hinsicht Bürger des neuen Staats Kosovo, aber ihr Blick bleibt auf Belgrad gerichtet. Mit dem kosovarischen Staat wollen sie so wenig

zu tun haben wie möglich. Das gilt noch mehr für Serben, die im Norden Kosovos leben. Dort, in vier Kleinstädten und ein paar Dutzend Dörfern, gibt es eine kompakte serbische Bevölkerungsmehrheit.

Die Grenze verläuft mitten durch die Stadt Mitrovica. Bis vor wenigen Jahren hatten die Nordkosovo-Serben noch jegliche Zusammenarbeit mit der Regierung in Pristina boykottiert. Aber auch hier hat sich die Situation geändert. Serbien will in die EU und hat auf Druck von Brüssel Gesprächen

Kosovarische Serben demonstrieren in der nordkosovarischen, ethnisch geteilten Stadt Mitrovica gegen die Unabhängigkeit Kosovos.

© Antonello Nusca/Polaris/laif

mit Pristina zugestimmt, um die wechselseitigen Beziehungen zu normalisieren. Die Implementierung eines 2013 zustande gekommenen Abkommens zur Integration der Nordkosovo-Serben verläuft jedoch schleppend; vieles, was vereinbart wurde, ist nach wie vor nicht umgesetzt.

«Leben wie im Ghetto»

«Wir sind ein Spielball der Politik», stellt Vlada Tomasević aus Gračanica fest, ein 27-jähriger Familienvater, der mit seinem Lohn von 250 Euro mehr schlecht als recht über die Runden kommt. Anders als im Norden sind die Serben in den südlichen Enklaven zwar nicht grundsätzlich gegen eine Zusammenarbeit mit den kosovarischen «Institutionen», wie man hier sagt, um die Wörter Regierung oder Staat zu vermeiden. Aber wie soll man auf Dauer mit der albanischen Bevölkerungsmehrheit zusammenleben, wenn man sich noch nicht einmal einig darüber ist, in welchem Staat man leben möchte? Wenn in den Schulen Serben und Albaner nach unterschiedlichen Lehrplänen unterrichtet werden – und die einen noch nicht einmal mehr die Sprache der anderen sprechen? Die Spaltung zwischen Serben und Albanern vertieft sich, auch wenn sich auf alltäglicher Ebene die Beziehungen eigentlich entspannt haben.

14 Jahre ist her, dass es zu pogrom-artigen Übergriffen von Kosovo-Albanern auf die ethnischen Minderheiten Kosovos kam, insbesondere auf Serben. Orthodoxe Kirchen und hunderte Häuser gingen in Flammen auf, 19 Menschen kamen ums Leben. Inzwischen kommt es nur noch ganz vereinzelt zu inter-ethnischen Zwischenfällen, bestätigt der Polizist Marko Bogdanović. Was aber auch daran liegt, dass man nur wenig miteinander zu tun hat. «Wir leben hier wie in einem Ghetto», klagt Vlada Tomasević. Er hat sich deshalb entschieden: Sobald seine Frau mit ihrem Studium in Mitrovica fertig ist, werden sie nach Serbien ziehen.

Bleiben oder gehen?

Am Abend geht er noch einmal zum kleinen Laden, der seine Siedlung am Rand von Gračanica mit dem Nötigsten versorgt. Davor steht ein Tisch, an dem Männer in Trainingsanzügen sitzen. Sie trinken Bier und rauchen. Bleiben oder gehen, das ist eine Frage, die jeden hier umtreibt. Mit Sorge verfolgen sie den Verlauf des Dialogs zwischen Belgrad und Pristina, durch den auch über ihre Zukunft entschieden wird. Die EU hat Serbien zu verstehen gegeben, dass am Ende eine rechtlich bindende Vereinbarung stehen muss, welche de facto die Anerkennung Kosovos bedeutet.

Ob «ihr» Präsident Aleksandar Vučić am Ende tatsächlich den Kosovo aufgeben wird, um Serbien den EU-Beitritt zu ermöglichen? Die Männer wiegen mit dem Kopf. «Niemals», sagt einer. Soviel Blut sei wegen Kosovo über die Jahrhunderte vergossen worden, kein serbischer Politiker könne diese historische Bürde auf sich nehmen. «Vučić wird uns für die EU opfern», glaubt dagegen Vlada Tomasević. Ein anderer entgegnet: «Wenn Serbien uns aufgibt, dann wird es irgendwann keine Serben mehr im Kosovo geben.» Für einen Moment herrscht Stille in der Runde. Das wichtigste seien doch Jobs, sagt ein junger Mann schliesslich nachdenklich. «Wenn die Menschen von ihrer Arbeit leben können, dann verlässt doch keiner so schnell seine Heimat.» Und da nicken dann auf einmal die meisten. ■

Dirk Auer ist freier Journalist für die Länder Südosteuropas mit Sitz in Belgrad.

KOSOVO IN KÜRZE

Hauptstadt

Pristina

Fläche

10877 km²

Einwohner

1,8 Millionen

Lebenserwartung

74,3 Jahre

Ethnien

Albaner 91%

Serben 4%

übrige Minderheiten 5% (Türken, Bosniaken, Roma, Goranen)

Religionen

Muslime 93%

Christen (serbisch-orthodox, römisch-katholisch) 6%

Andere 1%

Exportprodukte

Die Schwäche der kosovarischen Wirtschaft zeigt sich vor allem in ihrem massiven Handelsbilanzdefizit. Ausfuhren im Wert von ca. 380 Millionen Euro stehen Importe im Wert von ca. 3 Milliarden Euro gegenüber. Exportiert werden unverarbeitete Metalle, Mineralprodukte, Plastikwaren, Lebensmittel und Textilprodukte.

Wirtschaftszweige

Mit 66% macht der Dienstleistungssektor den Grossteil der Wirtschaftskraft aus. Danach folgt die Industrie (Metall, Bergbau, Baustoffe) mit ca. 22% und mit 12% die Landwirtschaft.



Aus dem Alltag von ...

BERNHARD SOLAND

STELLVERTRETENDER LEITER DES KOOPERATIONSBÜROS,
SCHWEIZER BOTSCHAFT IN KOSOVO

Aufgezeichnet von Zélie Schaller

In Pristina sind die Distanzen so kurz, dass ich zu Fuss zur Arbeit gehen kann. Die Strassen sind belebt, die Leute promenieren und zeigen sich gerne. Bei schönem Wetter spielen die Jungen Fussball. Sie sind überall: Über die Hälfte der kosovarischen Bevölkerung ist jünger als 25. Welch ein Kontrast zur Schweiz!

Auf dem Mutter-Theresa-Boulevard, einer grossen Fussgängerzone der Hauptstadt, sind die Kaffees gut besucht.



Auch auf der Schweizer Botschaft unweit des Kooperationsbüros herrscht grosser Andrang. Die Visa sind gefragt.

Meinen Arbeitsalltag bestimmen Sitzungen. Ich treffe mich mit Partnern, Behördenvertretern und Schweizer sowie lokalen NGOs, welche DEZA- und Seco-Projekte umsetzen. Wir besprechen Probleme und versuchen, sie zu lösen. Ich statte den Projekten vor Ort und den Leuten, die davon profitieren, auch Besuche ab. Die Kosovarinnen und Kosovaren sind sehr gastfreundlich, offen und unendlich dankbar. Zur Inbetriebnahme der Trinkwasserversorgung der Stadt Vitia im Südosten des Landes wurde ein grosses Zelt aufgerichtet und den Gästen ein Apéro serviert. Das Ereignis geriet zum Volksfest. Als wir zu

unseren Autos zurückgingen, stellten sich die Leute spontan in eine lange Reihe und schüttelten uns die Hand. Genauso wie unsere Unterstützung sie berührt, weil sie so wichtig ist für ihren Alltag, hat mich ebenfalls ihre Geste beeindruckt.

Fast zehn Prozent der Bevölkerung haben noch keine Trinkwasserversorgung. Dieses Manko wollen wir in den kommenden drei Jahren auflösen. Nächstens lancieren wir ein Projekt zum besseren Schutz der Quellen (Flüsse und Seen) und beugen so der Wasserverschmutzung vor, einem grossen Problem hier und oft Ursache von Magen-Darm-Erkrankungen.

Zur Qualitätsverbesserung in der Pflege erhöht die Schweizer Zusammenarbeit die Kapazitäten der Pflegedienstleitenden, der Ärzte und des Pflegepersonals. Internationale und lokale Fachleute leiten das medizinische Personal beispielsweise bei der Differenzialdiagnose an. Die DEZA rüstet die Gesundheitszentren mit den nötigsten Instrumenten wie Stethoskopen und Blutzuckermessgeräten aus. Sie führt auch Gesundheitsförderungskampagnen mit Plakaten, Broschüren oder Videos am Fernsehen und auf den sozialen Netzwerken durch. Die Leute sollen zu regelmässigem Arztbesuch angehalten und für die Risiken von Diabetes und Übergewicht sensibilisiert werden.

Sehr problematisch ist auch die Beschäftigungslage, besonders bei den Jungen: Mehr als die Hälfte der 15- bis 24-Jährigen sind arbeitslos. In dieser dynamischen und von Träumen beseelten Alterskategorie kann dies nur zu Frustration führen. Zur Verbesserung ihrer Aussichten auf dem Arbeitsmarkt investiert die DEZA in zukunftssträ-

tige Bereiche wie Landwirtschaft sowie Informations- und Kommunikationstechnologien, um bis 2020 für rund 5000 junge Erwachsene Stellen zu schaffen.

Der junge Balkanstaat steht vor vielfältigen Herausforderungen. Ihn dabei zu unterstützen und zu beraten, motiviert mich jeden Morgen neu. Ich tausche mich gerne mit der Bevölkerung vor Ort aus. Die Leute hier haben einen sehr herzlichen Umgang. Sie necken sich gegenseitig und lachen über ihre Scherze. Auch ihren Politikern begegnen sie mit nicht wenig Ironie. ■

VON GOUVERNANZ BIS INTEGRATION

Die Schweiz ist im Kosovo seit 20 Jahren mit der DEZA, dem Seco und der Abteilung Menschliche Sicherheit des EDA präsent. Das Land steht zehn Jahre nach seiner Unabhängigkeit vor grossen Herausforderungen, die den EU-Beitritt verzögern. Die Schweiz unterstützt einerseits die lokalen Behörden darin, transparent und zuverlässig ihre Dienstleistungen zu erbringen, andererseits partizipative Institutionen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den Dialog namentlich mit Serbien verbessern. Sie trägt mit der Förderung des Unternehmertums unter den Jungen auch zur wirtschaftlichen Entwicklung bei. Die DEZA investiert in Trinkwassernetze, Kanalisation und Abwasserreinigungsanlagen. Damit sollen die Lebensbedingungen verbessert und die Bevölkerung für einen verantwortlichen Umgang mit den Wasserressourcen sensibilisiert werden. Sie modernisiert auch die Gesundheitsversorgung und fördert die Integration sozialer Randgruppen wie Roma, Ashkali und Ägypter.

Stimme aus ... Kosovo

DIE EIGENEN GIPFEL ERKLIMMEN

Ich bin eine Bergsteigerin und Trail Runnerin aus Kosovo. Im vergangenen Jahr stand ich auf dem Mount Everest (8848 m), mein letzte Kletterei brachte mich auf den Mount Manaslu (8163 m). Ich bin die erste Albanerin, die beide Berggipfel bestiegen hat.

Mein Ziel ist es, auf alle vierzehn Achttausender des Himalayas zu steigen. Im Frühling befand ich mich auf einer Expedition zu zwei weiteren Achttausendern, einer davon ist der Mount Lhotse (8,516 m), der vierthöchste Berg der Welt. Ein dritter Achttausender ist bis Ende Jahr geplant.



UTA IBRAHIMI, geboren und aufgewachsen in Kosovo, studierte Wirtschaftswissenschaften an der Universität in Pristina. Nach dem Studium arbeitete sie während zwölf Jahren im Marketing. Während dieser Zeit engagierte sie sich in verschiedenen Projekten zur Förderung der Menschenrechte sowie bei sozialen Kampagnen zur Unterstützung von Frauen und Kindern. Zudem arbeitete sie fünf Jahre für das renommierte Filmfestival «Dokufest», welches seit 2002 jährlich in Prizren, Kosovo, stattfindet. Heute führt sie ihr eigenes Outdoor-Unternehmen (www.butterflyoutdoor.com).

Es gibt viele Gründe, alle vierzehn Gipfel bezwingen zu wollen, und jeder dieser Gründe ist wichtig. Zunächst geht es mir darum, Touristen aus aller Welt auf das Hochland, die Berge und die Natur in Kosovo und in Albanien aufmerksam zu machen. Als Bergsteigerin möchte ich zudem die Gender-Fragen thematisieren – zeigen, dass es möglich ist, dass eine Frau aus Kosovo die höchsten Berge der Welt besteigen kann. Ich hoffe, damit mehr Frauen zu motivieren, Herausforderungen in Angriff zu nehmen.

Doch die vierzehn Gipfel sind nur ein Teil des Vermächtnisses, das ich erschaffen will. Vor drei Jahren traf ich eine wichtige persönliche Entscheidung: Ich hatte die Wahl, weiter Marketingprojekte zu leiten oder Projekte im Bereich Reisen, Abenteuer und Tourismus aufzubauen und durch das Bewusstsein und den Respekt für die Umwelt dazu beizutragen, mein Land zu verändern. Inzwischen bin ich eine staatlich geprüfte Bergsteigerin und fördere mit meinem Outdoor-Unternehmen die Bergsteiger-Gemeinschaft in Kosovo und in Albanien, indem ich das Anlegen neuer Kletterrouten unterstütze.

Auf meinem Weg in die Welt der Abenteuerreisen ist mir bewusst geworden, dass die Naturschätze in Kosovo eine grossartige Plattform für die nationale Identität und für Veränderungen bieten. Die Berge, Flüsse, Seen und Gemeinschaften sind so stark und lebendig wie in allen anderen europäischen Ländern. Ich habe dazu beigetragen, dass diese Seite des Kosovo für Besucherinnen und Besucher aus aller Welt sichtbar geworden ist – und gleichzeitig auch deren Landsleuten die Augen geöffnet. Mit jeder neuen Route und jedem neuen Tour-Angebot (Wandern und Yoga in den Bergen, Rad fahren über Land, kulinarische Workshops) versuche ich, darauf aufmerksam zu machen, wie wichtig

es ist, die Bevölkerung in allen Regionen in diese Entwicklung miteinzubeziehen. Durch meine Abenteuer und mein Image in der Öffentlichkeit kann ich mich für vernachlässigte Bevölkerungsgruppen – namentlich Frauen und Kinder – einsetzen. Ich nehme Kinder mit Behinderungen (zum Beispiel Autismus) mit auf Wanderungen und organisiere Expeditionen, die sich speziell an Frauen richten.

Mein Wunsch ist es, den Menschen Hoffnung zu geben und sie dazu zu bringen, Wege zu finden, ihre eigenen «Gipfel» zu erklimmen – ganz unabhängig von ihren persönlichen Herausforderungen. Meine Expeditionen sollen gleichermaßen als Erfolg für Kosovo und für Albanien wahrgenommen werden. Ich werde immer mit beiden Fahnen zum Berggipfel unterwegs sein – als Erinnerung an das kleine Land, aus dem ich stamme, und an die Erfolge, die wir erzielen können. ■



DIE NISCHE ALS CHANCE

Bio-Fleisch vom Bauernhof im Dorf oder Lama-Trekking für die ganze Familie im Emmental. So kämpfen hiesige Bäuerinnen und Bauern gegen tiefe Einkommen und Abwanderung in die Zentren. Diese Strategie der Nischenproduktion und Diversifizierung ist mittlerweile auch in DEZA-Projekte in Osteuropa und im Südkaukasus eingeflossen.

Text: Jens Lundsgaard-Hansen

In Georgien ist fast die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig, erzielt damit aber nur neun Prozent des Volkseinkommens. Das heisst, die Bauernfamilien produzieren nicht für den Markt, sondern praktisch nur für sich selbst. Die Einkommen sind tief, abgelegene Gebiete entvölkern sich, Perspektiven für die Jungen gibt es kaum.

Joghurt aus Büffelmilch

Diese Trends will ein DEZA-Projekt in Georgien umkehren, indem es gute Geschäftsideen unterstützt, den Zugang zum Markt erschliesst, Produktivität und Einkommen erhöht und Chancen für regionale Produkte schafft. Im Fokus stehen Fleisch, Milch, Honig und Wolle. «Unsere Partner sind in erster Linie die verarbeitenden Betriebe», sagt Irène Kränzlin, in der DEZA zuständig für den Südkaukasus. Fördergelder oder Subventionen würden die schwachen Strukturen zementieren. Es gilt, ein funktionsfähiges System für die Vermarktung aufzubauen, von dem alle profitieren, von den Bauern bis zu den Konsumenten.

«Früher», so Irène Kränzlin, «haben die Bauern in Georgien die qualitativ eher schlechte Wolle ihrer Schafe einfach verbrannt. Sie haben sie für wertlos gehalten. Heute wird die Wolle nach Indien und England verkauft, um Teppiche herzustellen.» Dahinter steht eine Geschäftsidee, und dank des Projekts

sind Beziehungen zwischen Produzenten, Verarbeitung, Handel und Vertrieb entstanden.

Ein anderes Beispiel: Ein Geschäftsmann in Georgien bringt Joghurt aus Büffelmilch in hübschen Tontöpfchen auf den lokalen Markt. Das Projekt hat die Beteiligten zusammengebracht – vorher hat die Büffelmilch der Bauern nie einen Markt erreicht. Irène Kränzlin erinnert daran, dass die Länder im Südkaukasus Teil der Sowjetunion waren. Selbstinitiative und das Denken in Kategorien des Markts sind noch nicht sehr stark verankert.

Leben von und mit der Natur

Vom Projekt im Südkaukasus, das in der dritten Phase bis 2021 läuft, haben bisher rund 100 000 Menschen direkt und annähernd eine halbe Million Menschen indirekt profitiert. Die Koordination und Finanzierung liegen bei der DEZA, die operative Umsetzung übernehmen NGOs vor Ort. Das Projekt verfolgt auch neue Ideen und Ansätze im Ökotourismus, namentlich in der Region Ajara in Georgien. Entstanden sind im Zusammenspiel von lokalen NGOs und Behörden etwa ein neuer Alpingarten, ein Handbuch über Ökotourismus für die Bauern und ein 60-minütiger Dokumentarfilm zur landschaftlich attraktiven Region. Lokaler Honig und Käse sind mittlerweile zu kulinarischen und touristischen Attraktionen in Ajara geworden.

Viele Imker bringen ihre Bienenschwärme mittlerweile in die subalpine georgische Region Ajara, um dort geschmackvollen Bio-Honig zu produzieren.

© DEZA

POLEN, UNGARN UND RUMÄNIEN

Die Verknüpfung von regionaler wirtschaftlicher Tätigkeit mit Naturschutz und Biodiversität hat auch in weiteren DEZA-Projekten in strukturschwachen Regionen Polens, Ungarns und Rumäniens eine wichtige Rolle gespielt. Diese wurden im Rahmen des bisherigen Schweizer Beitrags an die erweiterte EU umgesetzt. Die Realisierung eines zweiten Schweizer Beitrags an ausgewählte EU-Staaten im Umfang von rund 1.3 Milliarden Franken verteilt auf zehn Jahre, hängt von der weiteren Entwicklung der Gesamtbeziehungen der Schweiz mit der EU ab.



Die Verbindung von Naturschutz und ländlicher Entwicklung bildet auch den Kern eines Projekts in Bulgarien. Das Gebiet Severozapaden gilt als ärmste Region innerhalb der EU. Menschen finden hier nur schwer eine Existenz, viele suchen ihr Glück in der nahen Hauptstadt Sofia. Zugleich ist ein grosser Teil der Region ein Natura-2000-Schutzgebiet der EU mit besonders intensiver Biodiversität. «Das Projekt will Win-Win-Situationen schaffen und zeigen, wie sich mit geschützter Natur auch Geld verdienen lässt», sagt Sophie Delessert, in der DEZA zuständig für Bulgarien. Einen Ansatz dafür bildet der Verkauf von lokal und natürlich produzierten Joghurt, Käse, Honig und Eiern direkt ab Hof. Damit erzielen die Bauernfamilien bis zu dreimal höhere Einkommen.

Erst auf Initiative des Projekts haben die Behörden die rechtlichen Vorgaben für den Verkauf ab Hof und in Bezug auf Hygiene oder Kühlung geschaffen. Da die Bauernfamilien nicht alle Anschaf-

fungen selbst finanzieren konnten, hat das Projekt sie bei diesen Investitionen unterstützt. Die regionalen Produkte stossen bei den Gästen aus Sofia bereits auf grosse Resonanz, was das benachbarte Naturparadies für Wochenendausflüge umso attraktiver macht.

Innovatives Geben und Nehmen

Einen anderen Ansatz für die Verknüpfung von wirtschaftlicher Tätigkeit mit dem Schutz der Natur bildet ein im Projekt entwickelter, innovativer Finanzierungsmechanismus. Private Unternehmerinnen und Unternehmer der Region können in einen Fonds einzahlen, der durch eine lokale NGO geführt wird und aus dem Projekte des Ökotourismus oder zum Schutz der Natur finanziert werden. Entstanden sind zum Beispiel Wanderwege, Picknick-Plätze, ein kleines Museum zur lokalen Produktion von Teppichen, oder es ist gelungen, mit privaten Geldern geschützte Naturgebiete aufzuwerten. Solche touristischen

Attraktionen haben das Potenzial, mehr Leute in die Region zu bringen. Davon profitieren wiederum die Unternehmungen, die in den Fonds einbezahlt haben.

Das Projekt in Bulgarien ist inzwischen abgeschlossen. Für Sophie Delessert ist der Paradigmenwechsel, der in den Köpfen stattgefunden hat, besonders wichtig. Die Menschen hätten erlebt, dass es möglich sei, im Sinne der Nachhaltigkeit die Natur zu schützen und gleichzeitig die lokale wirtschaftliche Entwicklung zu stärken. Auch eine externe Evaluation verteilt dem Projekt gute Noten, nicht zuletzt wegen der aktiven Mitwirkung von lokalen Organisationen der Zivilgesellschaft und des nachhaltigen Einflusses auf die Behörden. ■

Wilde Beeren aus den nahe gelegenen Wäldern bringen vielen Familien im Hoch-Ajara-Gebirge ein willkommenes Nebeneinkommen.

© DEZA

NACHHALTIGE GOLDNUGGETS

Nachdem in den 2000er-Jahren wilde Minen in der Mongolei aufkamen, haben die mongolischen Behörden mit Unterstützung der Schweiz die Bedingungen der Minenarbeiter verbessert – die Einkommen konnten erhöht und der Sektor legalisiert werden.

Text: Zélie Schaller

In der Mongolei hatten mehrere extreme Winter drastische Folgen für viele Viehzüchter: Ihr einziger Reichtum, ihre Viehherden, wurden vernichtet, so dass mancher Züchter nicht mehr anders konnte, als in wilden Minen zu arbeiten. Rasch kam es zu einem Goldrausch, auch infolge steigender Edelmetallpreise. Geschätzte 60 000 Kleinschürfer, wovon ein Drittel Frauen, suchten nach Gold, ein Grossteil der ländlichen Arbeitskräfte. Letztlich hingen rund eine Viertelmillion Menschen indirekt vom Kleinbergbau ab – mit erheblichen Konsequenzen für die Gesellschaft und die Umwelt.

Die Methoden waren unzulänglich, die Sicherheitsbedingungen katastrophal und der soziale Schutz dürftig. Überdies empfanden viele Leute die ohne Rücksicht auf die Umwelt grabenden Goldschürfer als eine Bedrohung für die Natur und die ländlichen mongolischen Traditionen. Sie wurden als kriminelle Gruppen betrachtet und Opfer von Diskriminierungen und Gewalt.

Um die Konflikte zu entschärfen, lancierte die Mongolei zusammen mit der Schweiz 2005 ein Projekt zur Verbesserung der Bedingungen und des rechtlichen Rahmens der Kleinschürferei. Ähnliche Programme hatte die Schweizer Zusammenarbeit bereits in Lateinamerika in Bolivien, Ecuador und Peru umgesetzt und dabei gezeigt, dass Kleinbergbau ein wichtiger Entwicklungstreiber sein und dessen Legalisierung das Verantwortungsbewusstsein der Schürfer heben kann. Das Schweizer

Engagement im Bergbausektor geht auf 1992 zurück, als die DEZA Quecksilberverseuchungen als Umweltproblem mit weltweiten Auswirkungen erkannte.

Steigende Löhne

Ab 2008 verbot die Mongolei den Einsatz von Quecksilber. Nach einer Zyanidverseuchung wegen industrieller Bergbauaktivitäten machten Politiker und die Zivilgesellschaft Druck auf die Behörden und verlangten eine strikte Regulierung. So kam es, dass die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit gemeinsam mit den mongolischen Behörden die Bergbaugemeinden dazu anhielt, eine Pilotanlage zur quecksilberfreien Goldverarbeitung zu errichten. Diese vermag acht Tonnen Erz pro Tag zu verarbeiten, beliefert täglich rund 80 Kunden und produziert Gold im Gegenwert von jährlich 2.9 Millionen Franken. Mittlerweile ist das Unternehmen zum grössten Arbeitgeber des Distrikts Borneur in der Provinz Töw aufgestiegen.

Die Folge davon: ein wirtschaftlicher Aufschwung durch den das Durchschnittseinkommen weit über den Minimallohn angestiegen ist. Die Behörden haben die neu verwendete Technik freigegeben und sie in anderen Landesteilen gefördert. Vor allem haben sie dank der Schweizer Unterstützung den gesamten Sektor legalisiert. Die Kleinschürfer halten nun die gesetzlichen, sozialen und Umwelt-Vorgaben ein, bezahlen Steuern, sind rechtlich abgesichert und ins staatliche Sozial-

versicherungssystem integriert. Zudem wurden Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit am Arbeitsplatz getroffen.

Gesundheit und Bildung

Die Resultate sind erfreulich: sinkende Unfallzahlen, höhere Produktivität und allmählich abnehmende Wasser- und Bodenverschmutzung. Überdies hat sich die soziale Lage der Familien beträcht-

ETHISCHES GOLD

Seit 2013 fördert die Schweiz den fairen Goldhandel mit dem Projekt «Better Gold Initiative for Artisanal and Small-Scale Mining» einer Public-Private-Partnership, an der sich abgesehen vom Seco die Hauptakteure des Goldhandels beteiligen: Finanzinstitute, Veredler sowie Uhren- und Schmuckhersteller. Rund zwei Drittel des weltweit abgebauten Goldes werden in der Schweiz veredelt. Die Verantwortung ist denn auch gross. Nach Peru haben auch Bolivien und Kolumbien die Initiative umgesetzt. Sie setzt sich für ethisch vertretbare Produktionsbedingungen und die Zertifizierung ein, fördert die Nachfrage nach fairem Gold sowie den Dialog mit den Behörden im Hinblick auf eine nachhaltige Umwelt. Die Käufer müssen einen Dollar pro Gramm für soziale Projekte in den Gruben und in deren Umgebung leisten.



in der Mongolei und anderswo Wissen, Erfahrungen und für den Sektor wichtige Lösungen teilen können.

Die Website «gibt der mongolischen Erfahrung im Ausland ein Gesicht und dem Land selbst Zugang zu anderswo erarbeiteten Lösungen und Beispielen», erläutert Ilaria Dali, stellvertretende DEZA-Leiterin in der Mongolei. Auf der Site finden sich Studien und Untersuchungen neueren Datums aus dem Bergbau sowie Ausblicke in die künftigen Entwicklungen. Eine Rubrik ist dem Online-Lernen gewidmet: Gesetzestexte, Videos und Expertenratschläge sind mit wenigen Klicks abrufbar.

«Nachhaltiger Kleinbergbau kann die Bodenschätze zum Lebensunterhalt für benachteiligte Bevölkerungsgruppen und künftige Generationen werden lassen und dabei die Umwelt schützen», freut sich Jürg Schneider, der Verantwortliche für die DEZA-Programme in Ostasien. ■

lich verbessert. Sie haben Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen und Trinkwasser und können ihre Kinder zur Schule schicken. «Die Sonne scheint endlich durch die Wolken. Meinen drei Kindern und meinen neun Geschwistern geht es gut. Wir sterben nicht mehr vor Hunger», berichtet Myadagbadam Chilkhaa. Die junge, verwitwete Mutter ist zu einer der Führungsfiguren

der Bergbaugemeinden geworden und hat im Lauf der Jahre zur Anerkennung der Menschenrechte und zur Integration der Frauen beigetragen.

Die gesamte Branche ist inzwischen in einen rechtlichen Rahmen eingebettet. Vergangenen März ging ausserdem die interaktive Plattform www.asnhub.mn online, auf der die verschiedenen Akteure

Kleinbergbau kann ein wichtiger Entwicklungstreiber sein: In der Mongolei sind viele Kleinschürfer, die einst in wilden Minen arbeiteten, mittlerweile rechtlich abgesichert und ins Sozialversicherungssystem integriert.

© DEZA

AGENDA 2030 – DIE SCHWEIZ AUF GUTEM WEG

Wo steht die Schweiz momentan bei der Realisierung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung? Auf diese Frage antwortet ein Bericht, den der Bundesrat kürzlich zuhanden der UNO publizierte. Vieles ist schon getan, aber vieles bleibt noch zu tun, um eine bessere Welt zu schaffen.

Text: Luca Beti

Mehr als zwei Jahre brauchte es, um eine Bilanz darüber zu ziehen, wo sich die Schweiz bei der Umsetzung der Agenda 2030 befindet. Der Bericht beschreibt den Status quo, stellt bereits vollzogene Massnahmen vor und weist auf künftige Schritte hin, die dazu dienen, die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) zu realisieren. Wie bei einem Puzzle mussten alle Elemente zusammengetragen werden, um zu sehen, wo sich die Schweiz diesbezüglich momentan befindet und was noch zu tun ist, um die Ziele bis 2030 zu erreichen.

Kein Zufall

Es war ein interdepartementaler Prozess, der 2015 vom Bundesrat in Auftrag gegeben worden war und von der DEZA und dem Bundesamt für Raumentwicklung ARE koordiniert wurde. Involviert war die ganze Bundesverwaltung. Mittels Online-Konsultation nahmen auch die Kantone, Städte und Gemeinden, sowie nichtstaatliche Akteure an der Herausgabe des Berichts teil.

Zudem wurden die Plattform «Dialog 2030 für Nachhaltige Entwicklung» und die «Begleitgruppe Agenda 2030» gegründet, um Vertreterinnen und Vertretern aus der Wissenschaft, der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft und der Jugend eine Stimme zu geben.

«Wir haben noch kein einziges der 17 SDGs erreicht», stellt DEZA-Mitarbeiter Christoph Lang nüchtern fest. Andererseits sei im Bereich der Bekämpfung von Naturgefahren, der sozialen Kohäsion oder der Nachhaltigkeit viel erreicht worden. Eine Einschätzung, die auch die deutsche Bertelsmann-Stiftung teilt, die jährlich eine Bilanz über die Fortschritte bei der nachhaltigen Entwicklung in Bezug auf die Agenda 2030 erstellt. Im «SDG Index and Dashboards Report 2017» liegt die Schweiz auf dem 8. Platz von insgesamt 157 Staaten. An der Spitze liegen Schweden, Dänemark und Finnland.

Das Schweizer Ergebnis ist kein Zufall, hat doch die nachhaltige Entwicklung in unserem Land eine lange Tradition. Seit 1999 ein Verfassungsauftrag, wurde sie auf nationaler Ebene durch die Strategie nachhaltige Entwicklung umgesetzt und im Ausland durch die Botschaft zur internationalen Entwicklungszusammenarbeit gefördert.

Mehr als drei Planeten für die Schweiz

Doch noch immer hat die Schweiz einen langen Weg vor sich. Beispielsweise besagt das Unterziel 1.2, dass die Zahl der Personen die gemäss nationalen Standards unterhalb der Armutsgrenze lebt, halbiert werden muss. Oder

dass, gemäss SDG-Ziel 5 und der Verfassung, die Gleichstellung von Mann und Frau vollumfänglich erreicht wird.

Gemäss dem Bertelsmann-Bericht geben vor allem die übermässige Aus-

«WIR DÜRFEN NIEMANDEN ZURÜCKLASSEN»

So lautete im September 2015 der Appell des damaligen Generalsekretärs der Vereinten Nationen Ban Ki-Moon. Sein Aufruf wurde von 193 UNO-Mitgliedsländern – darunter auch von der Schweiz – angenommen, als sie damals die Agenda 2030 verabschiedeten. Die Agenda 2030 dient als eine Art globaler Kompass, um sich zu einer nachhaltigen Entwicklung hin auszurichten. Mit dieser globalen Vereinbarung will man sich auf nationaler und internationaler Ebene den grossen Herausforderungen des Planeten stellen, zum Beispiel der extremen Armut, dem Klimawandel oder der Zerstörung der Umwelt. Der Weg zu einer besseren Welt besteht aus 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung und 169 Unterzielen, die für alle Staaten der Welt gelten. Die Agenda 2030 stützt sich auf die drei Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung (Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt), umfasst aber auch Ziele für Frieden und Rechtsstaatlichkeit.



beutung natürlicher Ressourcen und die Umweltverschmutzung Anlass zur Sorge. Wie alle 35 OECD-Länder muss auch die Schweiz mehr tun, um die SDGs 12 und 13 zu erreichen. Das erste fordert nachhaltige Konsum- und Produktionsmodelle, das zweite dringende Massnahmen um Klimaveränderungen und ihre Konsequenzen zu bekämpfen. «Wenn wir den ökologischen Fussabdruck berücksichtigen, ist auch die Schweiz ein Entwicklungsland», erklärt der Sonderbeauftragte für globale nachhaltige Entwicklung, Michael Gerber. Es bräuchte mehr als drei Planeten, wenn alle so leben würden wie die Schweizer Bevölkerung. Es besteht ein massives jahrelanges Ungleichgewicht, zwischen dem Verbrauch natürlicher Ressourcen und der Fähigkeit der Natur, sie zu regenerieren.

Beispielsweise verursacht jeder Schweizer und jede Schweizerin jährlich 716 Kilogramm Abfall, obwohl die Schweiz Weltmeister im Recycling ist. Diesen Abfallberg zu reduzieren wird nicht einfach sein. Doch die Bundesverwaltung will die Herausforderung annehmen und eine nationale Strategie definieren.

Frappante Lebensmittelvergeudung

Mit der Globalisierung hat auch die Umweltbelastung zugenommen, die durch den Konsum von Gütern aus dem Ausland verursacht wird. Ein grosser Teil wird durch unsere Ernährungsweise verursacht, Lebensmittel die täglich in den Müll geworfen werden.

Verschiedene Studien haben ergeben, dass etwa ein Drittel der Lebensmittel auf dem Weg vom Feld bis auf den Teller verloren gehen. Das ist ein beunruhigendes Phänomen, gegen das Konsumentenorganisationen, Einzelhändler und die Kantone mittels Sensibilisierungskampagnen vorgehen wollen.

Während man sich in der Schweiz darüber Sorgen macht, dass Lebensmittel im Abfall landen, haben die Entwicklungsländer das Problem, dass Saatgut und Getreide direkt nach der Ernte verloren gehen. Deshalb unterstützt die Schweiz Projekte, die Lebensmittelverluste auf dem gesamten Produktionsweg verhindern sollen. Ausserdem erwartet man von den multinationalen Unternehmen mit Sitz in der Schweiz und Aktivitäten im Ausland, dass sie

die Menschenrechte sowie Sozial- und Umweltstandards respektieren.

Die Schweiz und mit ihr 46 andere Staaten haben im Juli den ersten substanziellen Bericht zur Umsetzung der Agenda 2030 vor dem Hocharrangigen Politischen Forum für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen in New York vorgestellt. «Schon die Millenniumsziele hatten eine Art Wettbewerb zwischen den Ländern entfacht – ein Mechanismus, den die Agenda 2030 noch verstärkt hat», freut sich Michael Gerber. Ein gesunder Wettbewerb, an dem die Schweiz teilnehmen möchte. Mit dieser Standortbestimmung hat sie sozusagen das Fundament gelegt, damit den Worten fortan noch mehr Taten folgen können. ■

Die Schweiz ist mit einer Pet-Recyclingquote von 83 Prozent Weltmeister – Nachholbedarf hat sie hingegen bei der Verhinderung von Nahrungsmittelvergeudung.

© Frieder Blickle/laif

EINBLICK DEZA

BOSNIEN UND HERZEGOWINA: GESTÄRKTE GEMEINDEN

(bloin) 2016 wurde das EU-Beitritts-gesuch von Bosnien-Herzegowina akzeptiert, doch sind bis zur Konkretisierung noch zahlreiche Kriterien zu erfüllen. Zwei Verbände von Grossgemeinden und Städten koordinieren die 144 Lokalverwaltungen des Landes. Um deren Vertrauen aufzubauen und günstige Voraussetzungen für die Dezentralisierung zu schaffen, setzt sich ein DEZA-Projekt zum Ziel, diese leistungsfähiger zu machen. Dabei sollen den Exekutiven die Mittel gegeben werden, die Bedürfnisse ihrer Bürger zu befriedigen und das Land im Hinblick auf einen effektiven EU-Beitritt entwickelt werden.

Projektdauer: 2018-2021

Volumen: 2.062 Millionen CHF

FORSCHUNG VERBESSERT LEBENSBEDINGUNGEN

(rhy) Um sicheren Zugang zu Trinkwasser und sanitären Einrichtungen zu gewährleisten, braucht es neue Ansätze und technische Lösungen, welche in Entwicklungsländern von staatlichen und privaten Akteuren umgesetzt werden können. Denn über 660 Millionen Menschen bleibt der Zugang zu sauberem Trinkwasser verwehrt und ca. 4,5 Milliarden Menschen jener zu adäquater Sanitärversorgung. Die DEZA fördert über die Eawag (Wasserforschungsinstitut des ETH-Bereiches) die Entwicklung neuer Techniken – beispielsweise Zero-Waste-Management in Schulen oder Richtlinien zur Entwässerung von Fäkalschlamm in Stadtgebieten – um die Lebensbedingungen vor Ort zu verbessern.

Projektdauer: 2018-2021

Volumen: 2.6 Millionen CHF

KOLUMBIEN: HILFE IM GRENZKONFLIKT

(schol) Aufgrund der Krise in Venezuela sind seit 2017 tausende Menschen nach Kolumbien geflüchtet, wo sie von den fortwährenden kolumbisch-venezolanischen Grenzkonflikten betroffen sind, welche wiederum eine humanitäre Krise auslösten. Die DEZA unterstützt ein Projekt des norwegischen Refugee Council (NRC) zur Reduzierung der Vulnerabilität der betroffenen Bevölkerung. Das NRC setzt sich für einen besseren Zugang zu Bildung und der Verminderung des Risikos der Rekrutierung von Kindern innerhalb des Konflikts, sowie für den Zugang zu humanitärer Hilfe für die bedürftigsten Menschen ein. Davon profitieren vor allem Kinder, Jugendliche, Flüchtlinge aus Venezuela und intern Vertriebene Personen.

Projektdauer: 2017-2019

Budget: 1.55 Millionen CHF

MAZEDONIEN: GESTÄRKTES PARLAMENT

(tarli) Parlamente sind wichtige Pfeiler der demokratischen Staatsführung. Sie vertreten nicht nur die Interessen der Bürgerinnen und Bürger, sondern sind auch für die Qualität der Gesetze und die Kontrolle der Exekutive zuständig. Die Schweiz unterstützt das mazedonische Parlament seit 2009 beim Aufbau eines Parlamentarischen Instituts. Im Rahmen eines neuen Projekts soll das Parlament in seiner Funktion als Aufsichtsorgan und Gesetzgeber gestärkt werden. In Zusammenarbeit mit dem Parlamentarischen Institut, Abgeordneten und verschiedenen Kommissionen sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen soll das Parlament als transparente, professionelle und bürgernahe Institution gefördert werden und zu einer politischen Kultur des Dialogs und der Rechenschaftspflicht beitragen.

Projektdauer: 2017-2029

Volumen: 11 Millionen CHF

BANGLADESCH I: JOBPERSPEKTIVEN

(bm) Bangladesch will bis 2024 zu den Ländern mit mittlerem Einkommen aufschliessen. Das in der vergangenen Jahren erzielte Wachstum hat das Land allerdings bis anhin nicht als Ganzes erfasst. Die Arbeitsplätze hängen weitgehend vom verarbeitenden Gewerbe mit seinen misslichen Arbeitsbedingungen ab. Als Vermittlerin unterstützt die DEZA ein dezentralisiertes Wirtschaftsförderungsmodell, das wirtschaftliche Chancen besonders für die ärmsten und marginalisierten Frauen und Männer bereithalten soll. Konkret engagiert sich die DEZA in zwei Stadt- und Vorstadtgemeinden für die Entwicklung und Umsetzung einer gemeinsamen wirtschaftlichen Strategie der öffentlichen und privaten Akteure sowie der Zivilgesellschaft, beispielsweise für Produktionsgemeinschaften. Zentral in diesem Projekt ist die Identifikation wirtschaftlicher Chancen durch die Akteure vor Ort.

Projektdauer: 2018-2019

Budget: 1.43 Millionen CHF

BANGLADESCH II: SPITALHILFE

(ung) In Myanmar haben nach dem Gewaltausbruch vom August 2017 im Gliedstaat Rakhine rund 700 000 Rohingya das Land verlassen und in Bangladesch Schutz gesucht. In der Region Cox's Bazar leben rund 2,5 Millionen Bangladeschis, das Gesundheitssystem platzte bereits vor der Krise aus allen Nähten. Dementsprechend gross ist die Herausforderung, darüber hinaus auch die neuankommenden und Schutz suchenden Menschen medizinisch zu versorgen. Aus diesem Grund hat die Schweiz dem Hauptspital des Distrikts verschiedene medizinische Analysegeräte zur Verfügung gestellt und eine Abteilung komplett neu mit Spitalbetten eingerichtet.

Projektdauer: 2017-2018

Volumen: 420 000 CHF



SUT GROUP

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Swiss Agency for Development
and Cooperation SDC

unicef

HUMANITÄRE HILFE HIER, ENTWICKLUNGSZUSAMMEN- ARBEIT DORT?

Humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit sind nicht das Gleiche: andere Mandate, andere Instrumente, anderer Zeithorizont, andere Kredite. Gehören sie dennoch zusammen?

Text: Jens Lundsgaard-Hansen.

Humanitäre Hilfe unterstützt jene Menschen, deren Existenz als Folge von Kriegen oder von Naturkatastrophen akut bedroht ist: bedingungslos, neutral, flexibel und sofort. Die Hilfsaktionen – Nahrung, Wasser, Medikamente, Zelte oder Decken – werden reduziert oder gestoppt, nachdem die akuten Folgen von Krieg oder Naturkatastrophen nachgelassen haben. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz oder das Schweizerische Korps für humanitäre Hilfe sind weltweit bekannte Symbole für diese Not- und Katastrophenhilfe.

Einer anderen Idee folgt die Entwicklungszusammenarbeit. Projekte tragen dazu bei, die Lebensbedingungen in armen und fragilen Ländern auf lange Sicht zu verbessern und die Ursachen von Konflikten und Armut anzugehen. Hilfe zur Selbsthilfe, Friedensförderung und Kampf gegen Armut bilden die Leitlinien, der Zugang zu Nahrung, Gesundheit, Bildung und Arbeit einige der Ansatzpunkte. Politische Fragen spielen stärker mit: In welchen Ländern setzt Entwicklungszusammenarbeit an? Mit welchen Prioritäten?

Zwei unterschiedliche Konzepte also. Wobei die Humanitäre Hilfe in der neutralen Schweiz eine höhere Akzeptanz genießt. Das Fernsehen und andere Medien zeigen, wie Nahrung, Wasser und Decken bei den Menschen ankomen.

Bei der langfristigen Entwicklungszusammenarbeit hingegen ist die Wirkung oft weniger gut sichtbar.

Krisen dauern länger als früher

Doch die reale Welt stimmt mit den beiden (theoretischen) Konzepten nicht mehr überein. «Humanitäre Hilfe findet heutzutage in einem ganz anderen Kontext statt als der, für den sie geschaffen wurde», schrieb die Wissenschaftlerin Catherine Götze schon vor fast 15 Jahren. Oder, wie es Simone Droz vom Kompetenzzentrum Konflikt und Menschenrechte der DEZA sagt: «Das Muster von Krieg, dann Friedensschluss, gefolgt von Wiederaufbau und Rückkehr zur Normalität ist vorbei.» Krisen dauern viele Jahre, wie beispielsweise diejenigen am Horn von Afrika oder im Nahen Osten verdeutlichen. Staaten lösen sich auf, Rebellen und Warlords prägen die Konflikte, Menschen sind auf der Flucht. Dürren und Fluten kommen hinzu, die Krisen überlagern sich. Längst hat sich der Begriff der «Protracted Crisis», der dauerhaften Krisen, etabliert. Die Frage ist, was die genauen Folgen für die humanitäre Hilfe und die Entwicklungszusammenarbeit sind – oder sein müssten.

Die Stossrichtung in der DEZA ist klar. Es geht um einen Nexus, also die Ver-

Die von der Schweiz finanzierte und umgesetzte sowie von der Unicef – im Bild deren Mitarbeiter Saleh Al-Sharabati – betriebene Wasserversorgungsanlage im jordanischen Flüchtlingslager Azraq verknüpft Nothilfe und Entwicklungszusammenarbeit.

© Christian Zeiler

RASCH UND WIRKUNGSVOLL MIT ANDEREN

Die Humanitäre Hilfe der Schweiz verfolgt drei Prioritäten: Nothilfe, Wiederaufbau/Rehabilitierung, Katastrophenvorsorge. Der grosse Teil der Gelder fliesst in Programme und Projekte von Hilfswerken und multilateralen Organisationen (u.a. das Internationale Komitee vom Roten Kreuz IKRK und das Welternährungsprogramm der UNO). Diese können die Hilfe vor Ort rasch und wirkungsvoll organisieren. Vor allem in langjährigen Krisenregionen gewinnt die Verknüpfung der humanitären Hilfe mit den Instrumenten und Projekten der Entwicklungszusammenarbeit stark an Bedeutung.

knüpfung der beiden Konzepte. «Die Menschen brauchen nicht nur Nothilfe, sondern auch Hilfe und Perspektiven, um wieder aus der Krise herauszukommen. Sonst hört die akute Krise nie auf», sagt Markus Glatz von der Südzusammenarbeit der DEZA. Konkret: In den Flüchtlingscamps im Nahen Osten, die über Jahre bestehen bleiben, braucht es nicht nur Wasserkanister als Nothilfe, sondern auch längerfristiges Wassermanagement, Wasseraufbereitungsanlagen oder Bohrungen in die Tiefe. Oder in den langjährigen Krisengebieten am Horn von Afrika: Dort ist zwar Soforthilfe mit Nahrung und Wasser dringend nötig, aber auch Impfaktionen für die Tiere und der Aufbau von Bewässerungs- oder Frühwarnsystemen mit Blick auf kommende Dürren sind es. «Wo die Humanitäre Hilfe aufhört und die Entwicklungszusammenarbeit beginnt, ist heute nicht mehr ganz klar», fasst Pia Hänni von der Humanitären Hilfe der DEZA zusammen.

Eine ähnliche Sicht haben die Schweizer Hilfswerke. Im Fall dauerhafter Krisen wie beispielsweise in Syrien gehe es um Parallelität. «Auf eine möglichst kurze Phase der Überlebenshilfe folgt eine mittelfristige Phase des Wiederaufbaus (zwei bis fünf Jahre) und der längerfristigen Entwicklungszusammenarbeit», so Odilo Noti, Leiter Kommunikation von Caritas. «Es braucht beide Interventionsarten gleichzeitig.»

Trennlinien überwinden

Das scheint einleuchtend. Wo liegt das Problem? Seit den 70er-Jahren sind die Humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit im gleichen «Bundesgesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe» und unter dem Dach der heutigen DEZA zusammengefasst. Doch die beiden Interventionsarten und ihre Projekte haben unterschiedliche Zeithorizonte, in der DEZA sind unterschiedliche Bereiche dafür zuständig, Bundesrat und Parlament bewilligen die Gelder über unterschiedliche Rah-

menkredite. All dies schafft gewisse Trennlinien. «Wir müssen diese Trennung aus unseren Köpfen herausbringen», sagt Simone Droz. Und in der Praxis unkompliziert zusammenarbeiten, beispielsweise am Horn von Afrika, wo von beiden Seiten Gelder in die Projekte fliessen und die Mitarbeitenden in den Büros vor Ort beide Ansätze einbringen.

Und die Politik? Dort geht es, auch im Fall der internationalen Zusammenarbeit, um Geld und Geist. An den politischen Polen der Bundesratsparteien ist das Rollen- und Selbstverständnis der Schweiz unterschiedlich. Die SVP hält die Entwicklungshilfe, so ihr Parteiprogramm, für wirkungslos, zu teuer und eine indirekte Unterstützung von korrupten Regimes. Das Gewicht sei auf die humanitäre Hilfe «im Sinne der schweizerischen Tradition» zu legen. «Diese erfolgreiche Rolle ist jene des Sanitäters am Spielfeldrand, der rasch, unbürokratisch, unauffällig und unparteiisch Erste Hilfe leistet.» Nationalrat Maximilian Reimann (SVP/AG) fordert denn auch, «das DEZA-Budget massiv hinunterzufahren». Danach liege es im Ermessen der DEZA, was in Form von Humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit ausgegeben werde.

Anders die Sichtweise der SPS. Sie fordert im Parteiprogramm mehr öffentliche Entwicklungsgelder und stellt dies «in den Zusammenhang mit Kolonialisierung, Versklavung und anti-schwarzem Rassismus, an denen auch die Schweiz beteiligt war. Solche Verbrechen gegen die Menschlichkeit verjähren nie». Es bestehe eine Verpflichtung zur Aufarbeitung und materiellen und moralischen Wiedergutmachung. Nationalrätin Mattea Meyer (SP/ZH) hat im März 2018 eine Motion eingereicht mit dem Ziel, die Gelder für die Humanitäre Hilfe sofort um 85 Millionen Franken zu erhöhen. Aber nicht auf Kosten der Entwicklungszusammenarbeit. Mattea Meyer: «Es braucht beides – und von beidem mehr. Die Schweiz schreibt jedes Jahr Milliarden an Überschüssen, während das Welternährungsprogramm der UNO die Lebensmittel-Nothilfe

rationalisieren muss, weil schlicht das Geld fehlt.» Unsere Gelder etwas aufzustoocken, sei das Mindeste, was wir tun könnten.

Keine neuen Zwänge

Humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit sollten, so zeigt sich auch Eva Schmassmann von Alliance Sud überzeugt, nicht gegeneinander ausgespielt werden. Doch genau dies geschehe oft, wenn die finanziellen Mittel – wie in jüngster Zeit – gekürzt werden. Weil die Humanitäre Hilfe eine höhere Akzeptanz habe, gingen Kürzungen meist auf Kosten der Entwicklungszusammenarbeit. «Das ist kurzsichtig. Gespart wird damit bei der präventiven Arbeit, die langfristig dazu beiträgt, dass Krisen gar nicht erst ausbrechen.» Die Verknüpfung von Humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit sei richtig. Doch dies dürfe nicht zu zusätzlichen Zwängen für die Entwicklungszusammenarbeit führen, so dass diese nur noch dort präsent sein könne, wo auch humanitäre Nothilfe nötig sei. Die Prioritäten der Entwicklungszusammenarbeit müssten generell bei den ärmsten Ländern liegen – um den Spielraum dafür zu erhalten, seien die finanziellen Mittel für die internationale Zusammenarbeit als Ganzes aufzustocken. ■

GROSSTEIL FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Die geplanten Ausgaben der DEZA und des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) für die internationale Zusammenarbeit liegen für die Jahre 2017 bis 2020 bei total 11.1 Milliarden Franken. Sie verteilen sich auf mehrere Rahmenkredite für die Entwicklungszusammenarbeit (70 Prozent), die Humanitäre Hilfe (19), die Ostzusammenarbeit (9) und die Massnahmen zur Förderung des Friedens und der menschlichen Sicherheit (2). In der Humanitären Hilfe ist ausschliesslich die DEZA engagiert.

Carte Blanche

DIE «VERBRANNTEN BRÜCKE» VON KABUL

Als ich die Sicherheitskontrolle am Flughafen passierte, lösten meine Schuhe Heroinalarm aus. Mir blieb fast das Herz stehen. Ich habe in meinem ganzen Leben noch nie geraucht, nicht einmal eine Zigarette. Meine erste Reaktion war, meinem Freund in Deutschland eine SMS zu schicken und ihn zu fragen, wie Heroin aussieht.

Doch bevor ich seine Antwort lesen konnte, waren die Polizisten da und nahmen mir Handy und Pass weg. Sie kontrollierten jede einzelne Seite des Passes und stellten blöde Fragen zu den Visa, die ich für Reisen in alle möglichen Länder dieser Welt hatte eintragen lassen. Sie behandelten mich, als wäre ich eine internationale Drogenschmugglerin. Stunden später durfte ich gehen, ich erwischte mein Flugzeug im allerletzten Moment – gleich hinter mir wurden die Türen geschlossen.



© Jessam Brooks

SHARBANOO SADAT ist Drehbuchautorin, Produzentin und Regisseurin aus Kabul, Afghanistan. Ihr Erstling «Wolf and Sheep» gewann 2016 den Art Cinema Award an der Quinzaine des Réalisateurs der Internationalen Filmfestspiele von Cannes. Im Jahr 2013 gründete sie in Kabul ihre eigene Filmproduktionsgesellschaft, die «Wolf Pictures». Momentan arbeitet die 27-Jährige an einem grossen Filmprojekt: fünf Spielfilme, basierend auf dem unveröffentlichten Tagebuch ihres besten Freundes Anwar Hashimi. «Wolf and Sheep» ist der erste Teil dieser Filmreihe, der zweite «The Orphanage» wird 2018 gedreht. In der Schweiz wurde «Wolf and Sheep» 2016 vom Filmverleih Trigon in die Kinos gebracht.

Ich hatte nicht einmal Zeit gehabt, die Schuhe richtig zu säubern. Während des ganzen Fluges hatte ich Angst, dass die Sicherheitskontrollen im nächsten Flughafen ebenfalls Alarm auslösen würden. Das war aber nicht der Fall.

Doch der Alarm liess mich nicht los. Auch am nächsten Tag nicht, als ich nach der Vorführung meines Filmes Fragen aus dem Publikum beantwortete. Plötzlich wusste ich die Antwort auf meine eigene Frage, dafür hatte ich die Publikumsfrage nicht wirklich gehört, so dass der Teilnehmer sie noch einmal stellen musste. Für die Drogenspuren an meinen Schuhen gab es eine einfache Erklärung. In Kabul lebe ich ganz in der Nähe des grössten Drogenmarktes der Stadt. Ich komme jeden Morgen und jeden Abend daran vorbei – es ist eine Brücke, die «Pole Sukhta», die «verbrannte Brücke». Tausende von Drogenabhängigen leben darunter. Tag und Nacht hängen sie dort herum, rauchen, dealen, schlafen. Rund um die Brücke gibt es immer viele Zuschauer, die die Leute beobachten, als befänden diese sich im Zoo oder im Zirkus.

Viele der Abhängigen waren als Flüchtlinge im Iran, wo sie mit Drogen in Kontakt gekommen und süchtig geworden sind. Manche sind HIV-infiziert, sie brechen in Häuser ein, bestehlen Leute, manchmal bedrohen sie sie auch mit einer gebrauchten Spritze. Mir ist das zwar noch nie passiert, aber ich habe panische Angst vor einer HIV-Infektion und mache öfters einen Bluttest, um sicher zu sein, dass ich das Virus nicht habe.

Ich komme mir vor wie in einem Zombiefilm, wenn ich sehe, wie die Leute unter der Brücke herumschlurfen, die Stufen hinauf- und hinunterschleichen, am Ufer stehen und pinkeln oder sich im schmutzigen Wasser des Flusses waschen. Am traurigsten aber macht mich, dass sich die Menschen in Kabul wünschen, dass ein Selbstmordattentäter die Brücke in die Luft sprengt und diese Leute mit sich in den Tod reisst. So löst das afghanische Volk seine Probleme – kein Wunder ist das Land so kaputt. ■



© Bryan Denton/NYT/Reboux/afp



FRIEDFERTIGER TANZ DER TATAREN

Volkstänze und weitere Traditionen des vergessenen Volkes der Krimtataren sind wertvolle Kulturgüter. Deren Fortbestand zu fördern trägt auch zum Gleichgewicht der Ethnien bei.

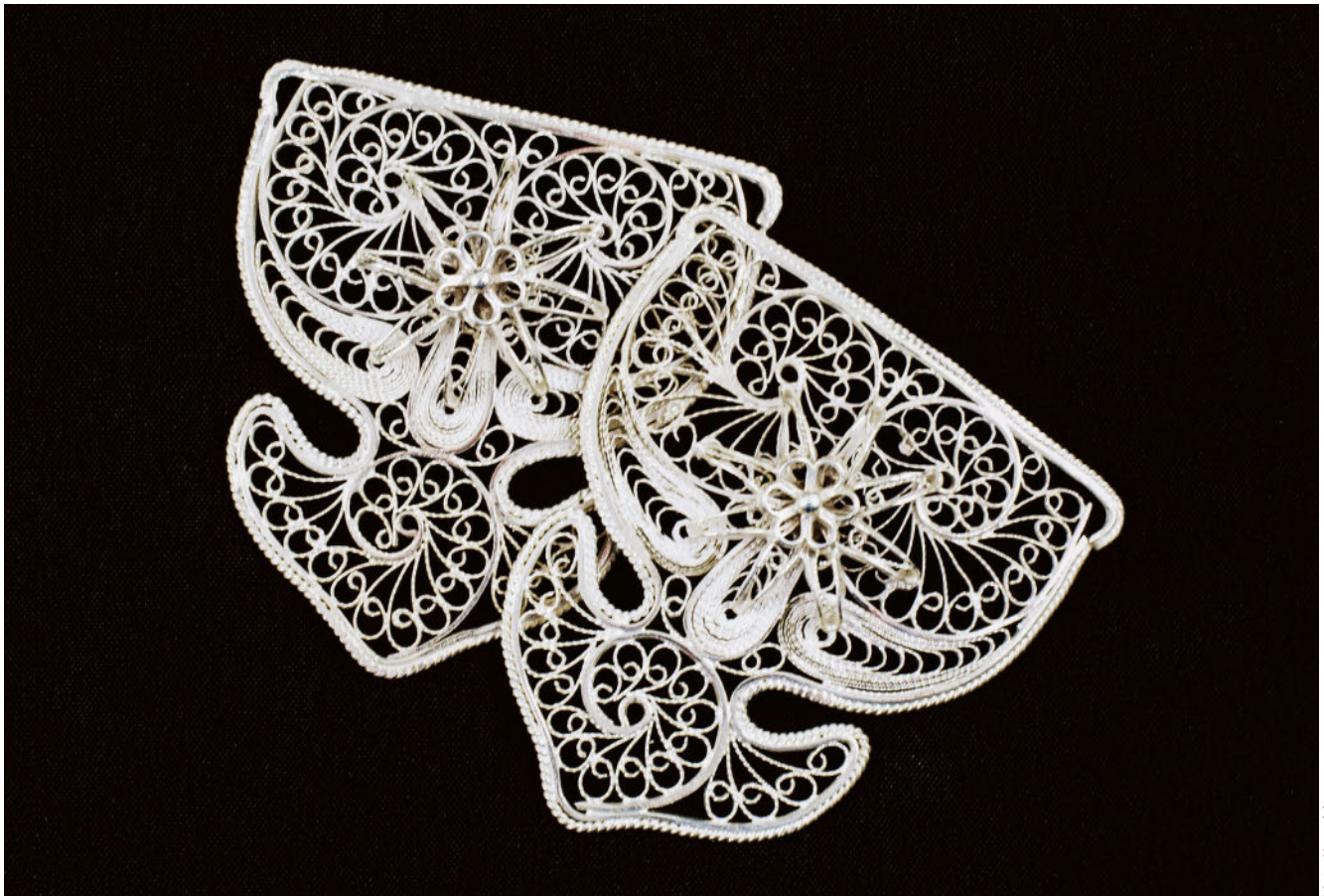
Text: Zélie Schaller

Die ursprünglich in den Steppen Zentralasiens beheimateten Tataren waren vor dem Zweiten Weltkrieg eine der wichtigsten Bevölkerungsgruppen der Krim. Ihr Anteil ist heute auf gut zehn Prozent der autonomen Region im Südosten der Ukraine gesunken. Zwischen 180 000 und 240 000 Tataren wurden 1944 unter Stalin wegen angeblicher

Kollaboration mit den Nazis nach Zentralasien deportiert und dort zerstreut. In den zwei darauffolgenden Jahren kamen rund die Hälfte von ihnen um.

Seit der Unabhängigkeit der Ukraine 1991 kehrten rund 250 000 Krimtataren in ihre angestammte Heimat zurück und kämpften dort für ihre nationalen und

kulturellen Rechte. Tausende von ihnen sind nach der Annexion der Krim durch Russland wegen zunehmender Menschenrechtsverletzungen ihnen gegenüber wieder geflohen. Dies hat dazu geführt, dass die auf der Halbinsel verbliebenen Tataren ihre kulturelle Identität stärker schützen und ihr Erbe zu bewahren suchen. Die geografische Lage





© Sergey Karabalkov

dieser muslimischen Bevölkerung am Schnittpunkt östlicher und westlicher Zivilisationen liess sie verschiedene kulturelle Strömungen aufnehmen und spezielle Eigenheiten entwickeln.

Sanft und anmutig

Zur Förderung dieses Erbes und des Friedens unter den Ethnien unterstützt die DEZA unterschiedlichste Aktivitäten, insbesondere Volkstanzauftritte an Festivals. «Die Tänze verbinden virtuos östliche und westliche Formen und zeichnen sich durch präzise, kräftige Schritte aus. Getanzt wird zu einer lebhaften Musik, vor allem an Hochzeiten. Die Arme bewegen sich dabei sanft und anmutig», erzählt Ludmyla Nestrlyay, die Kommunikationsverantwortliche des Schweizer Kooperationsbüros in der Ukraine. Ein Beispiel dazu ist «Agir Ava ve Khaitarma», ein Tanz über die Rück-

kehr der Menschen in ihre Heimat nach der Deportation. Generell sind diese Tänze zu «einem wichtigen Instrument der nationalen Identitätsbildung geworden», erzählt Esma Adjeva, die Leiterin der NGO Alem, die das Projekt umsetzt.

Um den Krimtataren sowohl in der Ukraine als auch im Ausland mehr Präsenz zu verleihen, unterstützt die Schweiz auch Forschungsarbeiten zu den Traditionen dieses Volks und deren Verbreitung unter Fachleuten und der breiten Öffentlichkeit. An der Jugendakademie der Wissenschaften der Ukraine wurde eine Abteilung zu Geschichte, Kultur und Kunst der Krimtataren eröffnet. «Unglaublich, wie dieses Projekt die Menschen auf der Halbinsel und die Festlandukraine verbindet», hält die an der staatlich unterstützten Institution lehrende Professorin Lenura Khalilova fest.

Eine nächste Etappe bildet die Aufnahme des krimtatarischen Schmucks (Örnek) in die Unesco-Liste des immateriellen Kulturerbes. Das Dossier wird laut der ukrainischen Kulturministerin Yevhen Nyshchuk nächstes Jahr eingereicht. «Zu Hause haben wir noch Schmuckstücke, die meine Grossmutter vor der Deportation angefertigt hat», erzählt Niyara Abdurakhmanova, die in Kiew Englisch und Deutsch studiert und in der Freizeit Stickerei-Workshops besucht. «Ich möchte, dass sich mehr junge Leute mit dieser feinen Kunst beschäftigen; es ist wichtig, diese Fertigkeit weiterzugeben.» ■

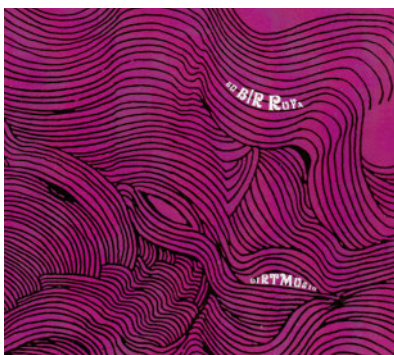


HUMANITÄRE KARRIERE

(jf) Sie möchten sich in den Bereichen humanitäre Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit, wirtschaftliche Kooperation oder Friedensförderung engagieren oder arbeiten bereits darin? Das Forum cinfo 2018 am 16. November in Bern ist die perfekte Begegnungs- und Informations-Messe dafür. Thema dieses Jahr ist «The Art of International Cooperation». Einen Weg in der Welt der internationalen Zusammenarbeit zu finden, ist keine exakte Wissenschaft, sondern eine Kunst; kaum jemand aus diesem Bereich besitzt eine geradlinige Laufbahn. Vielmehr geht es darum, sich auf einem von Hindernissen, Chancen und bereichernden Begegnungen gesäumten Weg durchzuschlagen. Mit mehr als 50 vor Ort anwesenden Akteuren (Eidgenossenschaft, NGOs, multilaterale Organisationen, Stiftungen, Bildungsinstituten etc.) und einem abwechslungsreichen Programm stellt das Forum eine Etappe des beruflichen Werdegangs zum Knüpfen neuer Kontakte und zur Horizonterweiterung dar.

Forum cinfo 2018; 16. November im Stade de Suisse, Bern; Programm und Informationen: www.cinfo.ch/forum18 und Bestellung unter www.eda.admin.ch/sdgeek

MUSIK



GEWICHTIG UND AUFREGEND

(er) Harmonisch klingen diese Tracks nicht, sondern post-punkig, techno-funkig und -rockig, elektronisch und sphärisch, urban und orientalisch; sie sind ungeheuer intensiv und wirken sowohl aufgebracht

als auch traurig. Beteiligt sind Loops und Melodienfragmente reiner und verzerrter Läufe von Gitarren und der Langhalslaute Saz, hypnotisch treibende Beats der Trommeln Darbuka und Bendir, synthi-ähnliche Akzente des Streichinstruments Yaybahar. Das sind die Sounds von Dirtmusic, dem US/australischen Klangtütler-Duo Chris Eckmann und Hugo Race. Damit kreieren diese zusammen mit dem türkischen Psychedelic-Visionär Murat Ertel und dessen Kollegen Ümit Adakale und dem Support von Görkem Şen (Yaybahar-Erfinder) sowie den Sängerinnen Gaye Su Akyol (Türkei) und Brenna MacCrimmon (Kanada) sinistre Klanglandschaften. Dunkel raunende, dann wieder vordergründig deklamierende oder eindringlich singende Stimmen erinnern an harte politische Realitäten wie Ausgrenzung, Kriegsgräuel oder Flüchtlingselend. Fazit:

ein gewichtiges und aufregendes Meisterwerk – in jedem Moment hörensenswert!

Dirtmusic: «Bu Bir Ruya» (Glitterbeat Records/Indigo)

SAMBA-FEELING MIT CHANSON-FLAIR

(er) Der 2008 verstorbene Musiker-Maler-Schauspieler Dorival Caymmi gilt in Brasilien als einer der einflussreichsten Singer-Songwriter, dessen Lieder vom Alltag in seiner Heimatstadt Bahia oder von Liebe und Sehnsucht handeln. In ihrer Hommage interpretiert nun die in Lissabon geborene und in Brüssel aufgewachsene Sängerin Lio zwölf seiner Stücke, zärtlich und dicht arrangiert. Die 56-Jährige wurde in Frankreich und Belgien um 1980 zur Popikone («Le Banana Split») und



wirkte bis heute in mehr als vierzig Spielfilmen mit (u. a. in «Pas Douce» von Jeanne Waltz). Sie singt mit ihrer warm-hellen, hie und da leicht melancholischen Stimme zum ersten Mal in Portugiesisch. Die Anregung zu ihrem zehnten Album gab der bekannte belgische Texter Jacques Duval (für Jane Birkin u. a.), der zu jedem Song eine französische Strophe schrieb. Zum Samba-Copacabana-Feeling mit einem Hauch von Chanson-Flair tragen melodiose Gitarrenakkorde, behutsame Bassläufe, sanfte Perkussionsrhythmen, schöne Akkordeonklänge, sonores Scat Singing und Whistling einer Männerstimme bei. Lio: «Lio canta Caymmi» (Crammed Discs/Indigo)

ENGAGIERT UND FESSELND

(er) Nach bekannten Sahara-Gruppen wie Tinariwen oder Tamikrest spielt die nächste Generation auf: Imarhan (in etwa «Diejenigen, um die ich mich kümmerge»), die Tuareg-Band aus der südalgierischen Oasenstadt Tamanrasset, macht mit ihrem zweiten faszinierenden Album von sich reden. Im emotionalen, ruhelosen wie bisweilen entspannten und eigenwillig eigenständigen Stil des seit zehn Jahren bestehenden Quintetts flirren trockene Gitarrenriffs, in denen Saiten rockig schrammen, eingängige Melodien mit Funk-, Pop- und Discobeat-Anklängen,



panafrikanisch galoppierende Rhythmen und traditionelle Weisen und Klänge der Nomaden. Leicht kehlige, auch ins Nasale abdriftende Männerstimmen, hie und da verstärkt durch lichten Frauengesang, plädieren im Dialekt Tamaschek für Liebe, Freundschaft und Zusammenhalt – wie dies der CD-Titel «Temet» («Verbunden») ankündigt. Es ist eine eindringliche Botschaft an die Tuareg-Gemeinschaft, die in der konfliktgeladenen Grenzregion zwischen Mali und Algerien lebt! *Imarhan: «Temet» (City Slang/Universal Music)*

FILME

SEEBLIND

(dg) Neun von zehn Gütern, die im Westen konsumiert werden, stammen aus Übersee. Weit entfernt hergestellte Produkte sind bei uns oft billiger als jene aus näherer Umgebung, die auf dem Landweg transportiert werden. Und weil Luftfracht um das Fünffache teurer ist als Seefracht, werden 90 Prozent aller Güter der Welt auf dem Seeweg transportiert. Aber was ist der wahre Preis des Verschiffens? Wer sind die Schlüsselfiguren dieser globalen Industrie? Wie steht es um die Ökobilanz und die Einhaltung von Menschenrechten? Ausgehend vom Transportweg alltäglicher Konsumgüter wie Lebensmittel oder Kleider versucht der Film «Seebblind», Licht ins Dunkle einer unscheinbaren Branche zu bringen. Er thematisiert die Funktionsweise und die Gefahren des weltweiten Frachtschiffgeschäfts und zeigt auf, wie unsere Wirtschaft, unsere Umwelt und unser ganzer Gesellschaftsentwurf von dieser Branche abhängig geworden sind. *«Seebblind», Dokumentarfilm von Denis*



Delestrac, Spanien/Frankreich 2016, als DVD oder online Video on Demand: éducation21, Tel. 031 321 00 22, www.filmeeinewelt.ch

VOM LEBEN IM REISFELD

(wr) Der Kambodschaner Rithy Panh erzählt in seinem Film «Das Reisfeld» die Geschichte des Reisbauern Yong Poeuw und seiner Familie. Die Ernte, die sie in der Harmonie von Natur und Mensch einzubringen hoffen, muss alle ernähren. Der Film lebt stark von Bildern, die in einer grossen Reinheit gestaltet sind und mit zarter Poesie schildern, wie der Zyklus des Lebens und der Zyklus des Reisens, die hier eng miteinander verbunden sind, in Gefahr geraten. Nach dem Tod des Vaters sind die Mutter und ihre sieben Kinder auf sich allein gestellt. Immer häufiger wird die Witwe vom Geist ihres toten Mannes verfolgt: Sie beginnt den Boden unter den Füßen zu verlieren. Doch die Töchter beweisen ungeheure Stärke und Ausdauer. Der Filmemacher selber sagt: «Das Reisfeld ist eine Reise in das Herz der kambodschanischen Kultur.» Sein Film bringt uns das Leben dort näher, wo Kambodscha-Reisende auf dem Weg nach Siem Reap (Angkor) in der Regel fasziniert vorbeifahren. *«Das Reisfeld» von Rithy Panh; DVD edition trigon-film in Originalfassung mit Untertiteln in d/f/e/i und ein «Making of» als Bonus. Erhältlich unter: www.trigon-film.org*

AUSSTELLUNG

AFRIKANISCHE PERLKÜNSTLERINNEN

(bf) Von der Kunstgeschichte lange verkannt, spielen Frauen als Schöpferinnen von Perlarbeiten eine wichtige Rolle in der afrikanischen Kunst. Mit «Perlkunst aus Afrika» präsentiert das Zürcher Museum Rietberg eine Ausstellung zur Ästhetik und Bedeutung von Perlkunst, die erstmals Frauen als Künstlerinnen ins Zentrum rückt. Ob extravagante Schmuckstücke, imposante Masken oder königliche Hocker, Perlarbeiten aus dem südlichen, östlichen und westlichen Afrika sind überaus vielfältig und waren nie nur Zierde oder Dekoration. Ihre Farben und Muster vermitteln komplexe Botschaften über Alter, Gender und Identität der Trägerinnen und Träger. Genau wie früher unterliegen Schmuck und Perlen auch heute noch ästhetischen Neuerungen, und so finden Perltraditionen, welche Weberei, Flechten oder Body Painting verbinden, auch im aktuellen Modedesign statt. Der international erfolgreiche Designer Laduma Ngxokolo aus Südafrika beispielsweise verbindet Farben und Muster von Hxosa-Schmuck und überführt sie in ein



© Simon Deiner/SQR Photo

neues Medium, wie seine in der Ausstellung gezeigte Stickkollektion verdeutlicht. *«Perlkunst aus Afrika – Die Sammlung Mottas» bis am 21.10. im Museum Rietberg, Zürich*

BÜCHER

VERLOREN IN DER HEIMAT

(bf) Dantala lebt auf den Strassen von Bayan Layi, einer Kleinstadt im Norden Nigerias. Er stiehlt, um zu essen und raucht Gras. Als politische Unruhen ausbrechen muss er fliehen und landet in einer Moschee, dessen Imam zu seinem Mentor wird. Mit seinem besten Freund Jibril teilt Dantala fortan den Drang, die Komplexität der politischen und religiösen Ereignisse um ihn herum zu begreifen und ihr eine Sprache zu geben. Dem 1982 in Kaduna im Nordwesten Nigerias geborenen Schriftsteller, Satiriker und Anwalt Elnathan John ist mit seinem ersten Roman «An einem Dienstag geboren» ein kraftvoller Bildungsroman über den von Boko Haram dominierten Norden Nigerias gelungen. Ungeschminkt und unerschrocken beschreibt er die Zunahme des radikalen Islamismus in seiner Heimat und die Geschichte junger Männer, die sich darin verlieren. *«An einem Dienstag geboren» von Elnathan John; Verlag Das Wunderhorn, 2017*

IM LEEREN RAUM

(bf) In ihren Romanen befasst sich die in Delhi lebende, 61jährige Schriftstellerin Geetanjali Shree mit dem Familienleben und der Mutterrolle in der indischen Mittelschicht, dem Hindu-Moslem-Konflikt sowie den Zumutungen einer vom Terrorismus gezeichneten Gesellschaft und ihrer Opfer. Ihr Roman «Im leeren Raum» beginnt mit einer explodierenden Bombe in einem Universitätscafé, welche neunzehn Menschen in den Tod reisst. Shree zeichnet dabei die Geschichte eines Dreijährigen nach, welcher das Attentat als einziger seiner Familie überlebt, und

einer Familie, die ihren 18jährigen Sohn verliert. Mit dem Tod des einen beginnt das Leben des anderen, denn mit der Urne ihres Sohnes bringt die Trauerfamilie zugleich den dreijährigen Waisen mit nach Hause. Dieser wächst in der Folge im Schatten des unbekanntes und doch vertrauten werdenden «Bruders» auf – im leeren Raum seiner Hinterlassenschaft. Alle Gefühle, Gedanken und Erwartungen seiner neuen Eltern gelten doch dem anderen. Wer ist er also? Ein ebenso hintergründiger wie verstörender Roman. *«Im leeren Raum»* von *Geetanjali Shree*; Verlag Lotos Werkstatt, Berlin 2017

GIOS REIFEPROZESS

(bf) Mit der «Reise nach Karabach» von Aka Morchiladze ist nun endlich der meistgelesene georgische Roman der letzten Jahrzehnte auf Deutsch übersetzt. Längst sind die Werke des 52jährigen Schriftstellers in seiner Heimat Bestseller, einige davon wurden gar verfilmt, unter ihnen auch 2005 die «Reise nach Karabach» (Gaseirneba Karabaghshi). 1992 flieht der georgische Präsident Swiad Gamsachurdia ins Ausland und hinterlässt ein Land in Anarchie, in Tiflis



patrouillieren paramilitärische Einheiten. In dieser Situation lässt sich der junge Georgier Gio von seinem ausgeflippten Freund Goglik dazu überreden, in seinem alten Lada mit ihm nach Aserbaidschan zu fahren, um günstig Drogen zu kaufen. Doch die Reise nimmt in den Kriegswirren eine unerwartete Wendung. Der Roman zeichnet eindrücklich und erhellend Gios Reifeprozess nach, während er in den geopolitischen Konflikten seiner Heimat und seinen eigenen, emotionalen Konflikten den Durchblick zu erhalten versucht. *«Reise nach Karabach»* von *Aka Morchiladze*; Weidle Verlag, 2018

EINBLICKE IN MYANMARS ALLTAG

(bf) Ein Jahr lang lebte der Zürcher Anthropologe Georg Winterberger in Myanmar und arbeitete in dieser Zeit am Forschungsprojekt «Strategien zur Existenzsicherung in Myanmar» der Universität Zürich. Sein Ansatz: Er gab mehr als zwei Dutzend Einheimischen



© Aung Kohtwe

für bis zu drei Wochen eine Fotokamera, damit sie ihren Alltag fotografierten. Nun sind die ebenso vielfältigen wie teilweise eindringlichen Fotos und Geschichten dahinter in einem lesens- und sehenswerten Buch herausgekommen. Sie erzählen vom Leben eines Zeitungsverkäufers in den Strassen Yangons über Pilgerreisen zu religiösen Orten bis hin zum Schreiner und Taxifahrer bei der Arbeit. *«Myanmar – Durch die Linse der Menschen»*, von *Georg Winterberger*; Michael Imhof Verlag

KONTRASTREICHER EINSATZ

(bf) Die Bernerin Karin Hofmann arbeitete 13 Jahre lang als IKRK-Delegierte. Ihre zehn Einsätze führten sie dabei in 36 Länder, unter anderem in den Irak und den Iran, nach Afghanistan, Liberia oder in die Demokratische Republik Kongo. In ihrem Buch «In jeder Hölle ein Stück Himmel» erzählt sie einerseits hautnah und spannend von ihrer humanitären Arbeit und andererseits von einer zweiten Realität – eine, in der die Solidarität durch dick und dünn im Fokus steht und sogenannte Paradiesvögel das an sich triste Leben aufheitern: ein Flugzeugpilot in Kongo, der Teemann Abdulkudus in Kabul, die Oma im Land des Guguffus oder Watschi Nuseibeh, der Schlüsselhüter der Grabeskirche in Jerusalem, sind nur vier von ihnen. *«In jeder Hölle ein Stück Himmel»* von *Karin Hofmann*; Lokwort Verlag, Bern 2018

IMPRESSUM

«Eine Welt» erscheint viermal jährlich in deutscher, französischer und italienischer Sprache.

Herausgeberin

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA)

Redaktionskomitee

Manuel Sager (verantwortlich)
George Farago (Gesamtkoordination)
Beat Felber, Barbara Hell, Isabelle Kaufmann, Marie-Noëlle Paccolat, Anja Prodöhl, Özgür Ünal

Redaktion

Beat Felber (Produktion)
Luca Beti (fb), Jens Lundgaard-Hansen (jlh), Zélie Schaller (zs), Christian Zeier (cz)
Ernst Rieben (er)

Grafisches Konzept

Visuelle Kommunikation EDA

Gestaltung

Laurent Cocchi, Lausanne

Lithografie und Druck

Stämpfli AG, Bern

Wiedergabe

Der Nachdruck von Artikeln ist, nach Bewilligung durch die Redaktion, unter Quellenangabe gestattet. Belegexemplare erwünscht

Abonnemente und Adressänderungen

«Eine Welt» ist gratis (nur in der Schweiz) erhältlich bei: Information EDA, Bundeshaus West, 3003 Bern
E-Mail: deza@eda.admin.ch
Tel. 058 462 44 12
Fax 058 464 90 47
Internet: www.deza.admin.ch
860215346

Der Umwelt zuliebe gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Gesamtauflage: 47 400

Titelseite: Abendstimmung am Mekong in Vientiane, Hauptstadt von Laos; Thomas Linkel/laif

ISSN 1661-1667

FERNSUCHT



© F. Pfeiffer

Klangjäger mit Kameruner Wurzeln

Der Schlagzeuger Lucas Niggli hat sich mit seinen Formationen weit über die Schweizer Grenzen hinaus einen Namen gemacht. Mit Alchemia Garden (Intakt Records) hat er erstmals ein Solo-Album veröffentlicht.

Dass ich Schlagzeuger geworden bin, hat viel mit meiner Kindheit in Kamerun zu tun. Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie mit der Trommel zum Essen gerufen wurde. Die Musik war omnipräsent. Diese Einflüsse habe ich später mit dem «normalen» Schlagzeug in der Schweiz kombiniert. Vom Rhythmischen her bin ich stark von Westafrika geprägt, als Musiker und Komponist auch von der klassischen, abendländischen Musik. Ich bin ein Jäger und Sammler. Ob in China oder Kamerun, Frankreich oder Norwegen – ich bin immer auf der Suche nach speziellen Schlägern und Klängen. Durch Begegnungen mit Musikerinnen und Musikern aus anderen Kulturen habe ich viel gelernt. Ich reise gerne, weil meine Neugierde gegenüber dem Unbekannten gross ist. Ob du mit einem indischen, einem chinesischen oder einem mosambikanischen Perkussionisten spielst, da liegen Welten dazwischen. Die haben ganz unterschiedliche Zugänge zu Dramaturgie, Klangfarbe oder Bühnenpräsenz. Und doch können wir zusammenspielen und uns anpassen, ohne dass einer seinen Stil aufgibt. Als Schlagzeuger verstehen wir uns über die Musik, über die Rhythmik. *(Aufgezeichnet von Christian Zeier)*

«Bei den Wahlen hat sich erneut gezeigt,
dass die Unterrepräsentation der Frauen weniger
ein Problem der Qualifikation ist als eines der
Parteihierarchie.»

Thida Khus, Seite 15

«Die Sonne scheint endlich durch die Wolken.
Meinen drei Kindern und meinen neun
Geschwistern geht es gut. Wir sterben nicht mehr
vor Hunger.»

Myadagbadam Chilkhaa, Seite 30

«Am traurigsten macht mich, dass sich
die Menschen in Kabul wünschen, dass ein
Selbstmordattentäter die Brücke in die
Luft sprengt.»

Shahrbanoo Sadat, Seite 37